



Tarantel

Nr. 83

Dezember
IV/2018

Zeitschrift der Ökologischen Plattform
bei der Partei

DIE LINKE.



**Schwerpunkt:
Wirtschaft und Gesellschaft
weiterhin**

**Verkehr
Positionen
Energie
Bücherecke**

Lieber Leserin, lieber Leser,

vor nahezu einem Vierteljahrhundert haben wir gefordert: „...müssen die innovativen und effektiven Aspekte ökologischen Wirtschaftens entwickelt und für eine künftige Gesellschaft bewahrt werden. In dieser ist die Produktion durch die ProduzentInnen und KonsumentInnen demokratisch zu verwalten und zu kontrollieren“ Seitdem haben wir immer wieder auf den engen Zusammenhang von Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik hingewiesen. Die damalige Aufbruchstimmung ist weitgehend verfliegen, aber die Probleme sind gewachsen – nicht nur im ökologischen oder sozialen Bereich: Die Wirtschaft boomt zwar mehr oder weniger, aber umso schneller nähert sie sich den planetaren Grenzen bei Quellen (Rohstoffen) und Senken (Abprodukten aller Art).

Jetzt hat die AG Wirtschaftspolitik die Gestaltung des Schwerpunktes der vorliegenden Tarantel übernommen.

Sie dokumentiert damit, dass es bei Linker Wirtschaftspolitik nicht um Inkompetenz geht, wie ihr in gut finanzierten Medien vorgeworfen wird, sondern dass es sich um andere Maßstäbe handelt. Bei uns sind Profite nicht das Maß der Dinge. LINKE Wirtschaftskompetenz bedeutet: die Möglichkeiten, Einfluss auf die Wirtschaftspolitik der Regierenden und insbesondere auf das gesellschaftliche Wirtschaftsleben zu nehmen, zu erkennen, zu nutzen und zu erweitern – um solidarisch sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung einzuleiten bzw. zu befördern.

Sozialistische Wirtschaftspolitik stützt sich auf die politische Ökonomie in kritischer Marxscher Tradition, denn diese ist unverzichtbar für das Verständnis der Gesellschaft, gesellschaftlicher Entwicklung und insbesondere der Entwicklung des gesellschaftlichen Wirtschaftslebens. Marx hat nicht von „Kapitalismus“, sondern von „kapitalistischer Produktionsweise“ und „bürgerlicher Gesellschaft“ gesprochen. Wie sollten auch die kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse fortschreitend zurückgedrängt und letztendlich gesprengt werden ohne das zielgerichtete Engagement jener Akteure, die eine Gesellschaft ohne kapitalistische Produktionsweise wollen? Diese Akteure können doch heute nur aus der bürgerlichen Gesellschaft kommen, in ihr um ihre Umgestaltung ringen. Deshalb ist die Aussage, wonach die natürlichen Lebensbedingungen nur durch das Ende des Kapitalismus erhalten werden könnten, problematisch. Zahlreiche Menschen, vor allem in armen Ländern, leiden schon lange unter den Ökokrisen und es geht um ihr Überleben. Um dieses muss JETZT gerungen werden und um den Erhalt der natürlichen Lebensbedingungen der Menschen muss JETZT gekämpft werden. Davon hängt auch und insbesondere ab, ob je eine sozialistische Gesellschaft errichtet werden kann. Es geht also um die Organisation von politischen Bündnissen gegen soziale und ökologische Zerstörung und in diesem Kontext um die radikale Auseinandersetzung mit den Hauptakteuren der kapitalistischen Produktionsweise.

Die Beiträge liefern keine neuen wirtschaftspolitischen Konzepte. Das hat seine Gründe: Mit den Materialien der Bundespartei, ihrer Gliederungen und Zusammenschlüsse, der Bundestagsfraktion, den Arbeiten der Memorandum-Gruppe, des Sozialistische Studiengruppen e.V. (SOST), aber auch des Wuppertal-Institutes, gewerkschaftlicher Grundsatzabteilungen, mit verschiedenen Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung wie anderer Stiftungen usw. liegt „genug Papier auf dem Tisch“.

Woran es fehlt, sind die kollektive Bestandsaufnahme und Herausarbeitung von Schnittpunkten der Konzepte, erforderliche Konkretisierungen mit dem Ziel der Umsetzung, gemeinsame Diskussion gesellschaftswissenschaftlicher Grundsatzfragen (Verständnis von Gesellschaft und Wirtschaftspolitik), Übereinkunft zu normativen Kriterien und schließlich die kollektive Analyse der in der politischen und wirtschaftlichen Praxis gesammelten Erfahrungen beim Ausloten und Ausnutzen von politischen Handlungsmöglichkeiten pro solidarische sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung. Das betrifft insbesondere Erfahrungen aus der praktischen Arbeit mit Wirtschaftskonzepten. Erst wenn es endlich um *praktisches* Tun geht, sind neue bzw. fortgeschriebene Konzepte sinnvoll.

Obwohl wir den Umfang des Heftes auf 36 Seiten vergrößert haben, haben zwei wirtschaftspolitische Beiträge keinen Platz gefunden; sie werden auf unserer Internetseite veröffentlicht und verlinkt (<https://www.oekologische-plattform.de//2018/12/tarantel-nr-83-12-2018>).

Doch auch die anderen Beiträge berühren grundsätzliche Fragen der LINKEN Politik.

Am besten, Sie lesen selbst.
Viel Vergnügen

Ökologische Plattform – Strömung oder Bundesarbeitsgemeinschaft?

von Ralf Henrichs

Ob es sich bei der Ökologischen Plattform um eine Strömung oder um eine Bundesarbeitsgemeinschaft handelt, ist formal nicht von Bedeutung. Denn laut Satzung der Partei DIE LINKE gibt es beides, nicht sondern nur innerparteiliche Zusammenschlüsse: „*Innerparteiliche Zusammenschlüsse können durch die Mitglieder frei gebildet werden... Sie können sich einen Namen wählen, welcher ihr Selbstverständnis und ihre Zugehörigkeit zur Partei zum Ausdruck bringt.*“ Von Strömungen oder Bundesarbeitsgemeinschaften liest man in den Satzungen nichts. Insofern könnte man hier die Diskussion abschließen: die Ökologische Plattform ist ein innerparteilicher Zusammenschluss. Punkt.

Doch so einfach ist das nicht. Im Parteileben werden Strömungen und Bundesarbeitsgemeinschaften durchaus unterschieden. BAGen behandeln in der Regel ein bestimmtes Themen (z.B. die Bildungspolitik in der BAG Bildungspolitik, die Wohnungspolitik in der BAG Städtebau- und Wohnungspolitik). Die BAG Bildungspolitik würde keine Aussage zur Wohnungspolitik treffen – und umgekehrt, außer natürlich in Fällen, in denen es Überschneidungen gibt. Strömungen treffen Aussagen zu jedem politischen Thema, aber von einer bestimmten politischen Richtung aus. Anders ausgedrückt: BAGen sind thematisch, Strömungen weltanschaulich ausgerichtet.

Die Ökologische Plattform behandelt, wie der Name schon ausdrückt: die Ökologie. Ob es sich hierbei um ein Thema oder Weltanschauung handelt, hierüber kann man unterschiedlicher Meinung sein. Natürlich wird sich die Ökologische Plattform nicht nur zur Kohlepolitik, zum Tierschutz oder zur Gentechnik äußern, sondern z.B. auch zur Friedenspolitik. Aber auch hier von einem ökologischen Standpunkt aus, denn Rüstung und vor allem Krieg ist neben allen anderen negativen Aspekten auch Ressourcenvergeudung und Umweltverschmutzung.

Es gibt aber einen anderen Aspekt, warum es mir wichtig ist, die Ökologische Plattform als BAG und nicht als Strömung anzusehen. Während es kein innerparteiliches Problem ist, gleichzeitig in mehreren BAGen zu sein, wird vielfach erwartet, nur in einer Strömung Mitglied zu sein. Denn natürlich können einem verschiedene politische Themen wichtig sein (Bildungs- und Wohnungspolitik z.B.), aber man kann sich nur zu einer politischen Weltanschauung bekennen. Auch wenn diese Unterschiede nicht so groß sind, wie sie zwischen unterschiedlichen Parteien sind

(besser: sein sollten, denn die meisten Parteien unterscheiden sich ja in ihrer neoliberalen Grundausrichtung nur noch begrenzt), sind sie doch vorhanden (wie auch Brandt/Färber in Tarantel 82 erläutern). Würde sich also die Ökologische Plattform eindeutig als Strömung verstehen, bestünde die Gefahr, dass wir die Personen verlieren, die (auch) Mitglied einer (anderen) Strömung sind. Verstehen wir uns als BAG, gibt es keinen Grund, dass sie Mitglieder, die in einer auch in einer anderen BAG Mitglied sind, nicht mehr bei uns mitarbeiten könnten.

Die Argumente der BAG von Brandt/Färber überzeugen mich auch nicht. Zum einen ist die Positionierung (Integration in das kapitalistische System oder Forderung nach Abschaffung des kapitalistischen Systems) in der Ökologischen Plattform nicht ausdiskutiert. Zumal ich hier auch das Entweder-Oder nicht sehe: wir müssen sowohl daran arbeiten, eine bessere Ökologie im Kapitalismus durchzusetzen und als auch daran, den Kapitalismus abzuschaffen. Denn wir können nicht darauf warten, Ökologie erst durchzusetzen, wenn der Kapitalismus überwunden worden ist. Andererseits wissen wir aber auch, dass eine ökologische Welt nur außerhalb des Kapitalismus umsetzbar ist. Das ist ein Widerspruch, aber mit diesem Widerspruch müssen wir leben.

Auch sehe ich nicht, dass die Ökologische Plattform im Parteivorstand besser anerkannt wird, wenn wir uns als Strömung und nicht als BAG verstehen. Wir werden dort besser anerkannt, wenn wir (noch) bessere Arbeit machen.

Und ob wir mehr MandatsträgerInnen und FunktionärInnen an der Spitze der Ökologischen Plattform benötigen, ist für mich auch nicht ausgemacht. Diese Personen sind zwar innerparteilich gut vernetzt, haben aber nicht die Zeit, sich ganz in der Ökologischen Plattform einzubringen. Außerdem ist es möglich, dass die Personen dann die Ökologische Plattform für ihre politische Karriere nutzen – das kann im positiven Fall zu einer Win/Win-Situation führen, aber dies kann der Ökologischen Plattform auch schaden.

Daher plädiere ich dafür, die Ökologische Plattform als Bundesarbeitsgemeinschaft und nicht als Strömung zu verstehen.

Vielen Dank für Tarantel Nr. 82

von Hans-Joachim Börner

Auswahl und Zusammenstellung der Themen machen betroffen, sie stimmen nachdenklich. Hoffentlich kommt sie nicht zu spät, die Frage „welcher Weg nützt der Ökologischen Plattform“? Götz Brandt und Karsten Färber geben nur eine ganz einfache Analyse der 2007 geschaffenen Partei DIE LINKE wieder. Doch unterscheidet sie sich im Wesentlichen nicht in der vor 15 Jahren von Ingo Wagner bei edition ost **„Eine Partei gibt sich auf“** vorgenommenen Abrechnung mit der PDS in 2003. *„Von innerparteilichen Auseinandersetzungen geschützt, vom Widerspruch zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung zerrissen, unentschlossen in ihrem Verhältnis zu Vergangenheit und Tradition, unentschieden über ihren künftigen politischen Weg – dieses Bild bietet die PDS seit einigen Jahren . . .“*

Die Partei hatte die 5%-Hürde verfehlt und gehörte nicht mehr dem Bundestag an. Das Korrektiv war die Gründung der WASG. Systemkritische Stimmen gegenüber opportunistischer SPD und gescheiterter PDS, aufbegehrende Gewerkschafter, Friedensaktivisten und Verfechter ganzheitlich nachhaltiger Politik, aus West und Ost suchten einen demokratischen, teils antikapitalistischen Neuanfang. Es erfolgte ein übereilter Zusammenschluss von PDS und WASG zu der Partei DIE LINKE, die jedoch ihre grundsätzlichen Fehler, die Ursachen ihres Scheiterns aufzuarbeiten, versäumte.

Ich war zu dieser Zeit Umweltpolitischer Sprecher der WASG Brandenburg. Mit der AG Umwelt der PDS war eine kameradschaftliche Zusammenarbeit möglich, die bei der WASG Brandenburg ein „Umweltpolitisches Konzept“ entstehen ließ, das von der AG Umwelt der PDS akzeptiert und mitgetragen, zum Bestandteil des Einigungsvertrages beider Parteien zur DIE LINKE Brandenburg wurde. Die Vereinigung kaum vollzogen, war dieses Papier zur Makulatur geworden. Nun begann ein innerparteilicher Sturm, die WASG aus allen Parteiebenen zu drängen und Listenplätze für die kommenden Wahlen streitig zu machen. Spätestens mit dem Strausberger Parteitag (2009), der gegen alle warnenden Stimmen die Regierungsbildung mit der SPD in Brandenburg beschloss, waren fast alle eigenen umweltpolitischen Ziele über Bord geworfen, der beschlossene Kohleausstieg vertagt, klimapolitische Ziele geschliffen und ordnungspolitische Ziele zur Stärkung des Natur- und Artenschutzes über Bord geworfen. Später nach den den nächsten Landtagswahlen

opferte man Nachhaltigkeitsbeirat und Umweltministerium, um Klimazerstörung und Ausbeutung des ländlichen Raumes ungehindert Platz zu machen – für weitere Regierungsbeteiligung.

Konnte ich in dieser Partei zwischen den Genossen innerhalb ihrer Zusammenschlüsse, einen von gegenseitiger Achtung getragenen Umgang untereinander bestätigen, war das in den Gliederungen der Partei bis zu ihren Grundorganisationen nicht mehr der Fall. Die dialektische Widersprüchlichkeit zwischen den Götz Brandt und Karsten Färber ausgemachten Grundströmungen, führen an der Basis zu Unverständnis gegenüber innerparteilicher Kritik, zu Mobbing und Ausgrenzung und machen die Partei in ihrer Ausstrahlung auf Öffentlichkeit unglaubwürdig. Insbesondere, wenn es um die Delegation zu Parteitag und der Besetzung von Listenplätzen ging, erlebte ich ein Klima von Missgunst und Anfeindungen, so dass ich mit Tucholski fragen möchte „Was brauchst du'n Programm, wenn du einen Apparat hast“?

Da sich in den letzten zehn Jahren Globalisierung, Entdemokratisierung, Konfrontationspolitik, Umweltzerstörung und Klimakatastrophen, sowie die Ausbeutung von natürlichen und menschlichen Ressourcen in ihrer Dynamik unverhältnismäßig beschleunigt haben, so dass globale Katastrophen vorhersehbar werden, muss aus diesen Ansätzen doch eine Neuausrichtung der Politik erkennbar werden? Bei DER LINKEN erkenne ich davon nichts. Eher Gegenteiliges! Wer sollte sie da noch wählen? Zeugen die Bayern-Wahlen mit ihrem 3,3 %-Ergebnis nicht davon?

Der SPD in ihrem Opportunismus und der Beliebigkeit Basis und Wählerinteressen zugleich zu täuschen zu folgen, dürfte wohl nicht der Weg zu Erfolg sein! Ihre Wahlergebnisse beweisen es.

Doch welche glaubwürdige Strategie verfolgt DIE LINKE dann?

Konstatiert eine am 23. Mai 2016 durchgeführte Erhebung der Ökologischen Plattform unter Trends: Themen und Stimmungen, dass 38 % der Wähler*innen der Partei die Flüchtlingsproblematik zum vorrangigen Thema erheben, 30 % Klima- und Umweltschutz, 19 % soziale Gerechtigkeit und weitere 7 % Schlüsse zu TTIP und 5 % den Syrienkonflikt als Primat von Parteipolitik erklären.* Da sollte es doch auf der Hand liegen, diese

* aktuelle deutschlandweite Umfrage: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/nachhaltigkeit-strategien-internationales/gesellschaft-erfolgreich-veraendern/umweltbewusstsein-in-deutschland>, abgerufen 5.12.2018

mehr als 60 % der Wähler dieser Partei bewegenden Fragen miteinander in Synergie zu setzen und eigene Parteipolitik dahingehend auszurichten? Der Bedarf laut Studie liegt bei der Zuwendung der Politik zu den echten Lebensbedürfnisse der Wähler bei fast 90 %.

Diese werden aber seit ihrer Geburt bis zu ihrem Tode, vom Mangel an Hebammen bis zur nicht bedarfsgerechten medizinischen Altersversorgung durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen und Zwangs-entmündigung in der Durchsetzung ihres letzten Willens beraubt und entmündigt. Dazu kommen kommerzielle Bildungspolitik, die nicht intellektuelle Ansätze, sondern unkritische Bedienermentalität und Wirtschaft fördert.

„Wir haben es satt“- Demonstrationen mit Zehntausenden Demonstranten beklagen, dass Politik eine krank machende, nicht artgerechte Ernährung privilegiert und ungleiche Zweiklassenmedizin durchsetzt. Gleichzeitig werden alternativmedizinische Erkenntnis und erklärten Bedarf nach ganzheitlicher naturmedizinischer Behandlung ignoriert und verfolgt.

Alles zum Wohle der Pharma- und sonstigen Wirtschaftsinteressen. Auf keiner Anhörung der Bundestagsfraktion DIE LINKE habe ich zu diesen skandalösen Praktiken ernstzunehmende Kritik gehört. Das habe ich an der Parteiführung der DIE LINKE satt!

Einer seit Jahrzehnten, seit wenigstens mit der Konferenz zu Rio 1992 erhobenen Forderung nach einer Politik ganzheitlicher ökologischer Nachhaltigkeit (Franziskus I), und einem sozial-ökologischen Umbau (Ökologische Plattform), vertröstet die Parteiführung seit mehr als 25 Jahren und will gleichzeitig Anspruch auf Glaubwürdigkeit erheben? Was sie tun, um sich den Anforderungen ihrer Wähler zu stellen, lesen wir bei Wolfgang Borchardt „LINKE vs. Ökologie?“.

Sie haben Wählerwillen nicht begriffen, sie ignorieren! Mitten in einer Krise der Demokratie, die eine Hass schürende AfD aufkommen lässt, negieren Fraktion und Parteiführung DIE LINKE den überwiegenden Handlungsbedarf ihrer Wähler. Welche Folgen wird das für uns haben?

Wenn gesellschaftlicher Dialog, wie auf der vollbesetzten Konferenz vom 21.11.2015 „Kapital zerstört Mensch und Kultur“ in Berlin, in höchster wissenschaftlicher Kompetenz stattfindend mit dem Urgestein Berliner Sozialwissenschaft Prof. Dr. Elmar Altvater, mit Dr. Reyer vom PIK Potsdam, Vertretern der Bundestagsfraktion DER LINKEN und allen weiteren Teilnehmern eine Nachfolgekonzferenz eingefordert wird, erscheint als einzig wahrnehmbare Reaktion der Parteiführung, dass die mutige Veranstalterin Eva Bulling-Schröter zurückgepfiffen und ihrer Parteikarriere beraubt wird.

Zivilcourage wird bestraft, Wissenschaft ignoriert, ökologische Erfordernisse werden nicht begriffen und auf unbestimmt vertagt. Wie will man da zukünftigen Anforderungen für eine lebenswerte Welt unserer Kinder und Enkel gerecht werden?



Wie damit umgehen?

Besteht eine Aussicht, dass sich mit den Verantwortungsträgern in der Partei irgend etwas ändert, um mit gleichem Personal einen sozial-ökologischen Umbau (bedenke Eigentumsfragen, Globale Handelsabkommen etc.) anzustreben?

Gibt es Hoffnungsträger in der Parteiführung die glaubhaft machen, dass sich die Partei den wirklichen Lebensbedürfnissen der Menschheit, nämlich ihrer ökologisch ganzheitlicher Nachhaltigkeit (ohne im Einzelnen aufzuzählen, vgl. Enzyklika Laudatio si), zuwenden will?

Müssen wir nicht Wolfgang Borchardt in seiner langjährigen Erfahrung mit seinem Schlusssatz in Tarantel „Hinhalten, Vertrösten, Tun als ob – aber selbst nicht praktisch aktiv werden“, Recht geben? Welche Führungsschwäche in der Partei! Diese bleibt dem Wähler nicht verborgen; jede weitere Wahl für DIE LINKE wäre verloren.

Wollen wir das zulassen?

Oder „**will die ÖPF Strömung sein, dann muss sie mehr als bisher auf allen Ebenen und die gesamte Politik der Partei Einfluss nehmen**“ (Vorschläge dazu hatte MITI e.V. der AG UMWELT Brandenburg im September 2018 unterbreitet.) „**Die ÖPF müsste dann nachweisen. . . Das bedeutet Konfrontation mit dem Parteivorstand und dem Fraktionsvorstand.**“, so Götz Brandt/ Karsten Färber.

Ich denke, will die ÖPF sich selbst treu bleiben, Mitgliederschwind und Abwanderung von Wählern stoppen, dann **hat sie wohl keine andere Wahl.**

Gelänge es nicht, was wäre dann verloren?

Aktiv für ein lebenswertes Hamburg

Unsere Petition: Nutzung des ÖPNV in Hamburg für jedermann zum Null-Tarif!

Petition des Vereins Naturnahe Stadt e.V.

Auf ein Wort, liebe Hamburgerinnen und Hamburger, es hängt von uns allen ab, wie lange unser Planet, unsere Erde, noch existiert. Einen „Planeten B“ gibt es nicht. Umweltverbände haben dies längst erkannt. Sie forderten und fordern die Regierungen nicht nur in Deutschland dazu auf, umzusteuern und eine Umweltpolitik zu betreiben, die diesen Namen verdient. Ein „Weiter So“ darf es nicht geben. Dies machen erneut die Katastrophen deutlich, die sich derzeit u.a. in den USA, China, auf den Philippinen ereignet haben.

Der Klimawandel ist längst real. Eine seiner Ursachen ist der vermehrte Ausstoß von giftigen Auto-Abgasen („Schadstoff-Ausstoß“) – Stichwort: „Diesel-Skandal“. Je weniger Autos auf unseren Straßen unterwegs sind, desto besser ist es für die Umwelt. Dieses Ziel kann nicht zuletzt dadurch erreicht werden, dass die Nutzung des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs (von Bussen, U- und S-Bahnen) kostenlos ist. Dadurch würden auch Fahrverbote wahrscheinlich überflüssig, weil die kostenlose Nutzung des ÖPNV manche ermutigen wird, das Auto stehen zu lassen und auf den ÖPNV „umzusteigen“.

Im Ausland – zum Beispiel in der estnischen Hauptstadt Tallinn gibt es seit Anfang 2013 die kostenlose Nutzung des ÖPNV.

Wir begrüßen es, dass eine solche öffentliche Debatte schon vor längerer Zeit auf allen politischen Ebenen begonnen wurde. Diese ist leider ins Stocken geraten (unter dem Einfluss der Auto-Lobby?). Es wäre schön, wenn diese Diskussion fortgesetzt und ein Zahlenmaterial vorgelegt würde, mit dem der Inhalt der Petition „unterfüttert“ werden könnte. Wir möchten eine breite gesellschaftliche Diskussion mit dem Ziel, dass Alternativen zur bisherigen Verkehrs- und Umweltpolitik entwickelt werden.

Was kann jedeR tun?

- ▶ Die Petition mit seiner/ihrer Unterschrift unterstützen.
- ▶ Unterschriften sammeln – bei jeder Gelegenheit (im Büro, in der Freizeit ...)
- ▶ Leserbriefe an Zeitungen schreiben.

Ein weiterer Grund für unsere Petition ist der soziale Aspekt. Für viele Familien mit Kindern, die in schwierigen sozialen Verhältnissen leben, ist der Kauf von Fahrkarten nicht selten ein riesiges finanzielles Problem. Es fehlt ihnen das Geld.

Wir befürworten, dass die Gewerbesteueraufkommen der Unternehmen der motorisierten Individualverkehrsmittel zur Finanzierung herangezogen werden.

Wir wollen niemanden in die Arbeitslosigkeit stürzen. Andererseits können wir es uns nicht erlauben, angesichts der gegenwärtigen Umweltkrise Arbeitsplätze aufrechtzuerhalten, wenn die Ausübung der damit verbundenen Tätigkeiten mit einer Schädigung der Umwelt untrennbar verbunden ist.

ErstunterzeichnerInnen der Petition: Bernhard Knierim (Verkehrswissenschaftler und Buchautor „Ohne Auto leben“), Elisabeth Grajewski, Michael Kretschmer, Jürgen Stoppel, Stephan Jersch (Bürgerschaftsfraktion der Partei DIE LINKE), Antje Wefing u.a.

Wir bitten herzlich um Rückmeldungen per E-Mail an: Verein Naturnahe Stadt e.V.

% Michael Kretschmer, mmw.kretschmer@kabelmail.de
oder

% Jürgen Stoppel, verbraucherschutz@gmx.de oder

% Elisabeth Grajewski, liz.grajewski@gmail.com

Hamburg, im September 2018

Naturnahe Stadt e.V.

Eingetragen im Vereinsregister des Amtsgerichts Hamburg auf dem Registerblatt VR 23725 / Freistellungsbescheid des Finanzamts Hamburg-Nord nach § 60a Abs. 1 AO vom 12.09.2018 – Steuer-Nr. 17/451/10513

Bitte kopieren Sie die nebenstehende Petition und geben Sie Ihre Unterschrift.

Kontrapunkt:



Unternehmen Zukunft

Petition

ÖPNV zum Null-Tarif!

Ich fordere, dass in Hamburg die Nutzung des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs (für Busse, U-Bahnen, S-Bahnen) für jedermann kostenlos ist. Ich befürworte, dass die Hamburger Bürgerschaft und der Hamburger Senat entsprechende Gesetze etc. so schnell wie möglich auf den Weg zu bringen.

Wird diese Forderung erfüllt, entfallen Kosten für die Durchführung von Kontrollen und die Anschaffung von Automaten für den Kauf von Fahrkarten.

Weiterhin entfallen die Kosten, mit denen im anderen Fall der Staat für Autofahrten vom Wohnsitz zum Arbeitsplatz (Entfernungspauschale („Kilometergeld“)) belastet würde.

Diese Forderung ist ein wichtiger Baustein für eine Verkehrswende und damit u.a. aus ökologischen Gründen (Klimaschutz!) unverzichtbar.

Ich unterstütze die Forderung, in ausreichendem Maße alternative Arbeitsplätze ohne jede Verzögerung zu schaffen, wo immer dies erforderlich ist.

Unterschrift
Name, Vorname
Adresse
(Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)
.....
E-Mail-Adresse
Datum:

Linke bzw. sozialistische Wirtschaftspolitik ist Wirtschaftspolitik für sozialökologische Transformation

Diskussionsstand der AG Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitische Richtungen unterscheiden sich durch ihre Antworten auf die Frage: Wer warum mit welchen Interessen und Zielen welche Ressourcen wie im Wirtschaftsleben der Gesellschaft einsetzt bzw. einsetzen will, wie er um die Realisierung seiner Interessen und Ziele ringt und welche Konsequenzen dies für ihn und die anderen hat. Die Konsequenzen von Wirtschaftspolitik betreffen die Lebensbedingungen der Menschen und damit die natürliche Umwelt¹.

Wirtschaftspolitik für sozialökologische Transformation ist das demokratische Ringen gesellschaftlicher Akteu-rlinnen um eine solche Aneignung von Ergebnissen gesellschaftlicher Arbeit, um einen solchen Einsatz von Ressourcen, dass beim Erhalt und bei der Zustandsverbesserung der natürlichen Lebensbedingungen die Lebensbedingungen der Menschen insgesamt und vor allem die der in den Gesellschaften und weltweit

Schwächsten nachhaltig vervollkommen werden: ihre Gesundheit und Ernährung, ihre Teilhabe an sinnvoller, Existenz sichernder, ökologisch verantwortbarer Arbeit, ihre Selbstbestimmung und Partizipation an gesellschaftspolitischen Entscheidungen, ihre Bildung und medizinische Betreuung, ihr Wohnen, ihre Mobilität, ihre Frei- und Musezeit. Somit geht es um die schrittweise Umwälzung von Produktions-, Konsumtions- und Gesellschaftsstrukturen und zugleich um die schrittweise Um- und Neugestaltung von Machtverhältnissen in der Wirtschaftssphäre (AG Wirtschaftspolitik: 2013). Dabei verändern sich die gesellschaftlichen Akteure, Konstellationen zwischen ihnen und ihre konkreten Handlungsmöglichkeiten. Es wächst das Gewicht jener, die den Verbrauch von natürlichen und stofflichen Ressourcen wie die Verschmutzung von Luft, Wasser und Böden global drastisch senken und zugleich soziale

1 Die Verhältnisse zwischen den Menschen, ihre Technik und Technologien, das Klima und die Biodiversität entscheiden über die Lebensbedingungen der Individuen und Kollektive. Der Zustand des arktischen Eises, des Grönländischen wie westantarktischen Eisschildes, des tibetischen Hochlands, der Permafrostgebiete und Kontinentalschelfe wie der Amazonischen und borealen Wälder, die atlantische und arktische Tiefenwasserbildung, die marine Kohlenstoffpumpe, die Entwicklung des El Niño, der Ozonlöcher über der Antarktis und dem Nordpol, die Verfasstheit der Sahara und ihrer Staubquellen bestimmen über die Dynamik des globalen Klimas und der Biodiversität.

Ungleichheit in und zwischen den Gesellschaften wie weltweit fortschreitend abbauen und letztendlich überwinden wollen.

Wer der Idee einer Gesellschaft der Freien und Gleichen, der selbstbestimmt, solidarisch und ökologisch Handelnden anhängt, ist ständig gefordert, auch und insbesondere mittels politischer Ökonomie in kritischer Marxscher Tradition nach Möglichkeiten zu suchen, auf die Organisation und Realisierung des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses, der Produktion, Distribution, Zirkulation und Konsumtion Einfluss zu nehmen; diese Möglichkeiten zu erschließen, zu nutzen und dabei zu erweitern. Wirtschaftspolitik für sozialökologische Transformation im hier verstandenen Sinne ist linke bzw. sozialistische Wirtschaftspolitik. Weil diese auf nachhaltige Veränderung von gesellschaftlichen Machtverhältnissen und wirtschaftlichen Prozessen bzw. der Wirtschaftssphäre insgesamt zielt, ist die vorrangige Aufgabe ihr dienender politischer Ökonomie und mit dieser verknüpfter Wirtschaftswissenschaften, die Akteure linker Wirtschaftspolitik zu mehren, zu qualifizieren und zu stärken. Dies bedeutet konkret zum einen, soziale, ökologische und globale Probleme als Folgen konkreten Wirtschaftens und der Verhältnisse zwischen den Menschen im gesellschaftlichen Arbeitsprozess zu erklären. Zum anderen geht es darum, zu helfen, fundierte wirtschafts- und gesellschaftspolitische Forderungen und Positionen zu formulieren, sowie schlüssige konkrete Problemlösungen, wirtschaftliche bzw. wirtschaftspolitische Konzepte für gesellschaftliche Alternativen zu entwickeln. Damit wird deutlich, dass es fließende Grenzen zwischen politischer Ökonomie, auf diese aufbauender Wirtschaftswissenschaften und linker bzw. sozialistischer Wirtschaftspolitik resp. Wirtschaftspolitik für sozialökologische Transformation gibt. Die AkteurInnen dieser Wirtschaftspolitik sind nun weiter gefordert, gesellschaftspolitische Bündnisse zu initiieren und zu entwickeln, über vorgestellte und möglichst auch realisierte konkrete Problemlösungen zu beweisen, dass es schon heute möglich ist, soziales und ökologisches Wirtschaften zu unterstützen. Für die Wirtschaftspolitiken linker/sozialistischer Parteien besteht darüber hinaus die Aufgabe, eine nachvollziehbare, stimmige – wissens- und kooperationsgestützte – parlamentarische und Verwaltungsarbeit anzustreben und umzusetzen. Die Mitglieder, AnhängerInnen und PartnerInnen solcher Parteien sollten als StreiterInnen für Gerechtigkeit, für eine Gesellschaft ohne kapitalistische Produktionsweise erfahrbar sein. Sie sollten in der vielfältigen Öffentlichkeit überzeugend Probleme erklären, Positionen, Forderungen und praktikable Problemlösungen kommunizieren, sich im Alltag solidarisch, demokratisch, vernünftig und ökologisch

verhalten – als ArbeitnehmerIn, GewerkschafterIn, SelbständigeR, UnternehmerIn, als MieterIn, VerbraucherIn, Versicherte, Mandats- und AmtsinhaberIn. (AG Wirtschaftspolitik: 2011)

Realitätstaugliche Problemlösungen können nur vom HIER und HEUTE, aus Abwehrkämpfen gegen die Angriffe der Herrschenden bzw. Mächtigeren und/oder von sozialen und ökologischen Erfordernissen, von solidarisch-emanzipativen Aktionen, Positionen, Zukunftsvorstellungen und Konzepten ausgehen. Sie sind zwangsläufig widersprüchlich: die Bekämpfung von Elend muss immer absolute Priorität haben. Dafür notwendige ökonomische Prozesse sind mit konkreten Energie- und Stoffumsätzen verbunden.

Mindestens sechs wirtschaftspolitische Herausforderungen, die insbesondere jede für sich und erst recht insgesamt ein MEHR an sinnvollen Arbeitsplätzen erbringen, liegen "auf der Hand":

- (1) Armut und soziale Ausgrenzung sollen endlich konsequent bekämpft und damit sinnvolle, existenzsichernde, ökologisch verantwortbare Arbeitsplätze geschaffen werden. Demokratische und soziale Mindeststandards, die Menschen- und Bürgerrechte realisieren, sollen eingeführt werden. Das verlangt, das Steueraufkommen sozial gerecht zu erhöhen. Zugleich müssen vorhandene Ressourcen anders, besser und effektiver genutzt werden, aber auch konkreter Rückbau von Produktion und Import wie selektiver Verzicht sind angesagt. Damit ist vor allem Verzicht auf Prestigebauten, verkehrsmehrende Infrastrukturanlagen, Kohle- und Atomkraftwerke, Fleischproduktionskapazitäten, Rüstungs- und Überwachungsgüter usw. gemeint.
- (2) Soll Vorhandenes und Notwendiges besser genutzt werden, müssen gesetzliche Effektivitäts- und VerbraucherInnenschutzstandards erhöht werden. Auch Verbote, Mengenregulierung, gesetzliche Grenzsetzungen und die Besteuerung von Ressourcenverbrauch, von Wasser-, Luft- und Bodenbelastung werden gebraucht. Da muss linker Druck auf Parlamente, Regierungen, Verwaltungen und Institutionen organisiert und erhöht werden
- (3) Gemeinsam mit bereits Engagierten sollen den Bürgerinnen und Bürgern neue Möglichkeiten erschlossen werden, ihr Verhalten zu verändern und sich zu organisieren, um in das Wirtschaftsleben eingreifen zu können – politisch anzugreifen und zu bekämpfen, was sie zu Konkurrenz, Entsolidarisierung, Gewalt gegen Andere und zu Umweltzerstörung zwingt bzw. was sie daran hindert, solidarisch und ökologisch verantwortungsvoll zu handeln. Sie können lokal und regional erste Umbauschritte gehen.

(4) Veränderungen der Bildungs-, Arbeits-, Investitions-, Forschungs- und Entwicklungspolitik sind notwendig, um die Energie- und Ressourceneffektivität zu erhöhen, die Verschmutzung von Luft, Wasser, Böden und Ökosystemen zu reduzieren und öffentliche Gesundheit zu verbessern. Technik und Technologien werden für eine andere, eine vorrangig dezentralisierte Ressourcenerschließung und Ressourcennutzung gebraucht, wobei erneuerbare Energien und eine ökologische Nahrungsmittelproduktion Kernfragen sind. Zu gesteigerter Ressourcenökonomie gehören Abwasser- und Abfallreduzierung und -verwertung; zur Ressourcenökonomie gehört Recycling, aber auch die Beachtung der Grenzen von Recycling, das allein nicht notwendig Stoffe spart, sondern ebenfalls Energie verbraucht und nicht entgiften kann.

Das E-Auto z.B. könnte begrenzt ein Mittel für zur Lösung von Transportproblemen sein. Es ist jedoch kein Ersatz für Verkehrsvermeidung und Ausbau des öffentlichen Verkehrs, der zumindest teilweise unentgeltlich genutzt werden soll.

"Brückentechnologien" wie Erdgas als Alternative zu Kohle und Atomenergie können sinnvoll sein, vorausgesetzt, dass damit tatsächlich Strategien des Übergangs zur nachhaltigen Nutzung vor allem dezentral produzierter erneuerbarer Energien verfolgt werden.

(5) Eine wesentliche Aufgabe besteht darin, die Landwirtschaft umzustellen, um den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und mineralischen Düngemitteln, die Tierhaltung und den Fischfang radikal einzuschränken und aber Nahrungsmittelsicherheit, Landschafts- und Naturpflege zu realisieren. Das muss selbstverständlich von Einfluss auf Konsumgewohnheiten sein.

(6) Hochrelevant ist es, den global Ärmsten unentgeltlich Pharmazeutika zur Seuchenbekämpfung, Nahrungsmittel und Technik und Technologien zur lokalen und regionalen Nahrungsmittel- und Energieproduktion zur Verfügung zu stellen; alle Projekte und Pläne zur zentralisierten Produktion von Futtermitteln, Fleisch und Fischprodukten wie von Biokraftstoffen wären ad acta zu legen, aber großzügige Hilfen zur Anpassung an den Klimawandel, zur Bekämpfung weiterer globaler Erwärmung und schwindender Biodiversität wären zu gewähren.

Sollen die Ursachen und Verursacher von Armut, sozialen Spaltungen und Gewalt gegen Menschen einerseits, von Klimawandel und schwindender Biodiversität andererseits angegriffen, strukturell zurückgedrängt und letztendlich überwunden werden, muss gegen Entdemokratisierung und damit gegen Deregulierung, Privatisierung und Kommerzialisierung, gegen Repression, Militarisierung und Krieg gekämpft werden. Um zunehmend Ressourcen so einsetzen und nutzen zu können, dass auf allen Ebenen – von der lokalen, über

die regionale, staatliche hin zur EU- und globalen Ebene – soziale und ökologische Zerstörung gestoppt und bekämpft wird, müssen wirtschaftspolitische Entscheidungen, die Kontrolle ihrer Realisierung und der Zugriff auf die Ressourcen demokratisiert werden. Das wiederum verlangt die Demokratisierung der staatlichen bzw. öffentlichen Bereiche, insbesondere der öffentlichen Haushalte und Finanzen, einschließlich des Umgangs mit Schulden, der Infrastrukturen. Zunächst muss verhindert werden, dass Märkte weiter zu Gunsten der wirtschaftlich Stärksten und Stärkeren dereguliert werden, dass öffentliche Schulden durch die Gläubiger repressiv und existenzbedrohend gebraucht werden, dass es zu weiterem Abbau notwendiger öffentlicher Leistungen und Einrichtungen kommt, dass Steuern für Reiche und ökonomisch starke Unternehmen gesenkt und neue internationale Freihandels- und Investitionsschutzabkommen durchgesetzt werden. Die Vorhaben in der Rüstung wie Überwachung, in der atomar-fossilen Energiewirtschaft, die verschiedenen zerstörerischen Megaprojekte müssen abgewendet und rück- und weggebaut werden. Dafür erforderliche neue soziale wie politische Bündnisse beginnen auf der lokalen und regionalen Ebene, wo AkteurInnen konkrete alternative Problemlösungen organisieren. Vernetzen sie sich überregional, landesweit, europäisch und global – insbesondere in Kämpfen um demokratische, soziale und ökologische Standards, können wirksame AkteurInnen sozial und ökologisch nachhaltiger Entwicklung, sozialökologischer Transformation entstehen. (Brangsch, Dellheim, Spangenberg, Wolf: 2012, Thie: 2013, BTF Die Linke: 2012-2015).

AG Wirtschaftspolitik (2013): Wirtschaftspolitik für sozial-ökologischen Umbau, für sozialökologische Transformation. Diskussionsangebot, <http://www.die-linke.de/partei/weitere-strukturen/weitere-zusammenschlusse/ag-wirtschaftspolitik/texte/wirtschaftspolitik-fuer-sozialoekologischen-umbau-fuer-sozialoekologische-transformation/>

AG Wirtschaftspolitik (2011): Kollektives Zwischenresümee unserer AG-Diskussion zur "Wirtschaftskompetenz", <http://www.die-linke.de/partei/weitere-strukturen/weitere-zusammenschlusse/ag-wirtschaftspolitik/texte/kollektives-zwischenresuemee-unserer-ag-diskussion-zur-wirtschaftskompetenz/>

Brangsch, L./ Dellheim, J./ Spangenberg, J./ Wolf, F.O. (2012): Den Krisen entkommen. Sozialökologische Transformation, Berlin.

DIE LINKE. Bundestagsfraktion 2012-2015: Materialien zum Plan B, <http://linksfraktion.de/>

Thie, Hans (2013): Rotes Grün, Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Wirtschaft, Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Hamburg

Die LINKE und die sozialökologische Transformation – Zeit zum neu denken

von Joachim Spangenberg

Wie wir von IPCC¹ gelernt haben, bleiben uns noch zwölf Jahre um eine radikale sozial-ökologische Transformation umzusetzen – und die LINKE-Führung wimmelt ökologische Anträge ab, während die ökologische Plattform erst einmal das Privateigentum an Produktionsmitteln abschaffen und den Sozialismus einführen will, damit dann die ökologische Rettung gelingen kann.* Ein ganz schön ambitioniertes Programm für die nächsten zwölf Jahre!

Vor gut zehn Jahren, im Sommer 2007, gab es einen Kongress der LINKEN zum Thema „Wie grün muss die Linke sein?“. Damals habe ich gesagt, dass die Fragestellung verkehrt sei, richtig müsse es heißen „Wie soll die Linke grün sein?“, denn dass die ökologische Frage zentral sein muss, ist unbestreitbar, aber das „wie“ in der Umsetzung unterscheidet die Parteien.

Das ist bis heute nicht bei den Wortführer*innen und Machtmanager*innen angekommen: eine LINKE, die in Hambach dabei ist, aber dort wo sie regiert (hat), die Braunkohle verteidigt, ist ein gar kläglicher Haufen.

Von außen gesehen (innen wird gekämpft, das ist mir klar) erscheint das als prinzipienloser Opportunismus und/oder Sozialdemokratismus: was man in der Opposition sagt, ist das eine, was man in der Praxis macht, etwas ganz anderes, Überschneidungen sind eher zufällig. Aber das Problem liegt tiefer: auf politischen Veranstaltungen, bei Seminaren und Workshops ist die LINKE präsent, predigt in ihrer eigenen Echo-kammer zu den bereits Überzeugten – aber was hilft es, dem Papst katholisch zu machen? In den nicht-politischen gesellschaftlichen Gruppen, in Bürgervereinen, Kulturorganisationen etc. treffe ich dagegen niemanden, der/die sich als Vertreter*in der LINKEN kenntlich machen würde. Aber vielleicht ist das ein lokalspezifisches Problem.

Die dominante Rolle der physischen Ökonomie

Zurück zur Umwelt: Wie kommt eine Partei, die „100% sozial“ sein will, dazu, die Bedrohung nicht zu priorisieren, die die Ärmsten in Nord wie Süd schon jetzt trifft und die täglich gefährlicher wird? Wo treibt die LINKE

eine Regierung vor sich her, deren Konzeptlosigkeit dazu geradezu einlädt? Wo ist das neue Denken für das Anthropozän? Viele Vertreter*innen der LINKEN scheinen mir eher im 19. (Altmarxist*innen) oder 20. (Neokeynesianer*innen) als im 21. Jahrhundert stecken geblieben zu sein, soweit man aus ihren politischen Prioritäten auf ihr Weltbild schließen kann.

Ein Hauptgrund ist vermutlich ein Verständnis der Ökonomie, das um die Wertschöpfung im Produktionsprozess und ihre Aneignung kreist. Hier gibt es unbestreitbar Probleme zu lösen, die seit 150 Jahren ungeklärt sind (auch wenn wir einem Interessenausgleich schon mal näher waren), aber das ist nur ein Teil der Probleme, um die wir uns heute kümmern müssen. Auf die arbeitsfreie Wertschöpfung der Finanzmärkte will ich nur hinweisen; Wichtiges dazu kann man immer noch bei Jörg Huffschmid² nachlesen. Fast vollständig vernachlässigt hat die LINKE die Analyse der physischen Ökonomie, obwohl dazu schon Marx und Engels sich geäußert haben, und frühe Ökomarxisten wie Sergej Podolinski³. Und das rächt sich jetzt, wo die physische Seite des Wirtschaftens die Imperative setzt. Das betrifft nicht nur den Klimawandel, dessen Erfassung sich der herkömmlichen Ökonomik entzieht (das betrifft nicht nur den neo-Nobelisten Nordhaus und die PIK-Ökonomen um Edenhofer, sondern auch die im produktivistisch-monetären Denken verorteten Vertreter*innen der LINKEN).

Denkt man die Probleme vom Ende her, dann sieht man, dass die planetaren Grenzen für den Biodiversitätsverlust und den Stickstoff- und Phosphorzyklus bereits deutlich überschritten sind – der Klimawandel wird diese Grenze bald erreichen. Dann ist klar, dass es keine Lösung der Umweltprobleme auf der Quellen- wie der Senkenseite gibt, die ohne eine Begrenzung des physischen Durchsatzes der Wirtschaft auskommt, also einer sich dynamisch nach unten entwickelnden Obergrenze zunächst für die Nutzung fossiler Energieträger, dann aber für alle der Natur entnommenen Rohstoffe. Senkt man diese Obergrenze, das „Cap“, um die Rate der Ressourcenproduktivitätssteigerung, dann stagniert das BIP; senkt man sie stärker, dann

1 Intergovernmental Panel on Climate Change – Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen der Vereinten Nationen bzw. Weltklimarat

2 Z. B. Jörg Huffschmid, Politische Ökonomie der Finanzmärkte. Zuerst 1999, erweiterte und aktualisierte Neuauflage Hamburg 2002.

3 Il socialismo e l'unità delle forze fisiche. In: la Plebe, La Plebe, N 2, Roma 1881

* Anmerkung der Redaktion: Eine solche Aussage haben wir in unseren Dokumenten nicht gefunden.

sinkt es. Und genau diese stärkere Senkung verlangt der ökologische Imperativ. Als Ernst Ulrich von Weizsäcker in den 1990er Jahren das 21. Jahrhundert als „Jahrhundert der Umwelt“ titulierte, war das kein Heilsversprechen, sondern eine Bedrohungsanalyse: physische Zwänge determinieren den immer enger werdenden Handlungsspielraum, der einer verantwortungsvollen Politik noch bleibt.



Von der Überkonsum- in die Mangelgesellschaft

Dann geht es aber beim Wirtschaften nicht mehr um den Ausgleich relativer Knappheiten, mit dem sich die Wirtschaftstheorie und -praxis der letzten Jahrzehnte mit begrenztem Erfolg befasst haben, sondern es geht um absolute Knappheiten, also um Mangel. In der Klimapolitik ist das der Mangel an Senken für Treibhausgase; auf den Gedanken ihn mit Geoengineering anzugehen und einen zeitweiligen „overshoot“ der Erwärmung zuzulassen, können eigentlich nur Ökonomen kommen, deren mechanistisches Weltbild die Reversibilität aller Prozesse postuliert.

Im Bereich Energie ist klar, dass die Nutzung fossiler Ressourcen auf null reduziert werden muss. Aber was ist mit dem Ersatz? Nach Berechnungen des BUND ist es notwendig, den Energieverbrauch zu halbieren, um den verbleibenden Anteil rechtzeitig und sicher mit erneuerbaren Energien decken zu können – das ist mehr als Energie-Effizienz liefern kann. Das braucht Energie-Suffizienz, also die bewusste, freiwillige oder unfreiwillige Reduzierung des Energiekonsums (was in

Verbindung mit einem Grundfreibetrag als Teil eines physischen Grundeinkommens, verbunden mit progressiven Tarifen durchaus Teil einer sozialen Umverteilungsstrategie sein kann). Nochmal im Klartext: es wird nicht möglich sein, alle Energiedienstleistungen 1:1 durch Erneuerbare zu erbringen. Hinzu kommt, dass die Energiedichte aller Erneuerbaren weitaus geringer ist als die der fossilen Brennstoffe, so dass ein höherer Aufwand zu ihrer Bereitstellung notwendig ist. Das zeigt sich besonders deutlich in der Anzahl der Arbeitsstunden, die für die Bereitstellung von 1 TW oder 1 GJ zu leisten sind: Sie liegen bei Erneuerbaren um den Faktor 10 bis 1200 höher als bei Fossilen. Entsprechend mehr Arbeit wird – bei allem technischen Fortschritt, der kommen mag – benötigt werden, um unsere Gesellschaft mit Energie zu versorgen; mit entsprechenden Auswirkungen auf die Kosten, und damit darauf, wer sich noch wie viel Energie leisten kann. Die ökologische Frage wird so erst zur ökonomischen und dann zur sozialen (im engeren Sinne des Wortes).

Noch vor wenigen Jahrzehnten bestand die physische Basis der Ökonomie aus der Nutzung von einem knappen Dutzend der Elemente des Periodensystems; heute werden über 80% aller Elemente genutzt. Das hat die Technik weitergebracht, erhöht aber die Anzahl der Elemente, deren Knappheit als „kritisch“ eingestuft wird – von Spurenmetallen über Mineralien bis zu seltenen Erden. Für die meisten wird eine Erschöpfung in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts prognostiziert – und noch früher für die erneuerbaren Ressourcen, die wir so übernutzen, dass ihre Regenerationsfähigkeit überfordert wird. Auch auf Seiten der Quellen steht also eine Mangelsituation ins Haus (und die Globalisierung der Handelsströme sorgt für eine Synchronisierung der Mangelserscheinungen).

Wer diesen Mangel durch Minderkonsum zu tragen hat, ist eine Frage der globalen Machtverhältnisse, und die sind nicht mehr so wie noch vor 20 Jahren: die Hegemonie der USA und ihrer „nützlichen Idioten“ in Europa schwindet. So wird es denn nicht nur zu einer moralischen, sondern zu einer politischen Frage, wie eine Absenkung des Ressourcenkonsums in den reichen Staaten zu erreichen ist: werden wir unsere Privilegien freiwillig aufgeben (denn nicht unsere Konsummuster, sondern das Konsumniveau bedroht die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen), oder muss das in internationalen ökonomischen Konflikten erzwungen werden. Die neuen Handelskriege der USA können durchaus als ein Prélude zu diesen zukünftigen Konflikten verstanden werden.

Hinzu kommt, dass künftig – wieder aufgrund der physischen Prozesse unserer Umwelt, von Bestäuber-

verlusten bis Meeresspiegelanstieg – die defensiven Ausgaben von Staat und privaten Investoren erheblich ansteigen werden. Sind die defensiven Kosten hoch, ist es durchaus wahrscheinlich, dass das verfügbare Einkommen der arbeitenden Bevölkerung auch dann sinkt, wenn die Wirtschaft insgesamt wächst, und erst recht, wenn sie schrumpft: Das verschärft den Mangel weiter.

Fazit: eine Vielzahl von Faktoren steuert unsere Gesellschaften in Richtung Mangel, und die geopolitischen Machtverhältnisse werden verhindern, dass die Reduzierung des Ressourcenverbrauchs überwiegend den Staaten des Südens aufgezwungen wird. Mangel-Management wird in den reichen Gesellschaften erfolgen müssen, und wie das ausgeht, ist eine Frage der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Verteilungskonflikte, wie sie uns erwarten, hat Europa noch nie gesehen.

Gleichzeitig werden im Falle einer Defossilisierung in großem Umfang Werte vernichtet werden, weil durchgesetzt werden muss, dass die verbleibenden fossilen Ressourcen im Boden bleiben („stranded assets“⁴ nennen die Ökonomen das – es sollte schon heute ein Grund für Aktionäre sein, langsam aber sicher in Panik auszubrechen). Den Widerstand der Kapitaleseite gegen die Vernichtung von „Werten“ in mehrstelliger Milliardenhöhe kann man sich vorstellen; das Bestehen auf Investorschutzklauseln von Seiten der multinationalen Konzerne und ihrer willigen Helfer in der Politik kann auch als die Errichtung strategischer Barrieren gegen einen derartigen Politikwandel verstanden werden.

Soziale Gerechtigkeit in der Mangelgesellschaft

Getrieben von Profitsuche, Zinszahlungen und steigenden Konsumwünschen wächst die Wirtschaft – man kann das Wachstum einer Marktwirtschaft nicht mit internen, d.h. ökonomischen Mitteln im Zaum halten. Deshalb ist der Vorschlag einer politisch, d.h. extern gesetzten Obergrenze des Ressourcenverbrauchs effektiv und kann nicht durch ökonomische Mittel ausgehebelt werden. Welche Folgen hätte das? Die Funktionslogik der Wirtschaft würde sich ändern: es ginge nicht nur um Profitmaximierung, sondern um die Sicherung der physischen Basis der Produktion. Ressourceneffizienz würde zum Schlüssel für den Erfolg, und der Druck auf die Produktivität des „Faktors Arbeit“ nähme ab, würde aber nicht verschwinden. Schrumpft das BIP, so schrumpfen auch die Verteilungsspielräume: es geht immer um die gesellschaft-

liche Neuwertproduktion des jeweiligen Jahres, gleichgültig, ob es sich um Renten (privat oder öffentlich) oder andere Staatsausgaben handelt. Diese wird aufgeteilt zwischen Arbeit, Kapital und Staat, aber auch Profite kann man nur umverteilen – soweit sie vorhanden sind. Sinkende Realeinkommen sind dann nicht ausgeschlossen, sondern sogar wahrscheinlich – und ökologisch zu begrüßen.

Versteht man das, so stellt sich die Frage nach sozialer Gerechtigkeit mit neuer Schärfe und verlangt nach neuen Antworten, gerade von Seiten der gesellschaftlichen Linken. Wenn also die Umverteilungsspielräume begrenzt sind durch den jährlich produzierten Neuwert, wie sichert man die Lebensqualität der arbeitenden Bevölkerung? Eine Möglichkeit wäre eine Umverteilung des Besitzes (und das sollte dringend geschehen, auch zur Sicherung der Demokratie), aber das ist keine dauerhafte Einnahmequelle, auch wenn sich der Prozess hinzieht, indem man z.B. Erbschaften auf 10 Millionen € pro Erben begrenzt. Das träfe keine armen Leute (von denen ist also auch kein Widerstand zu erwarten) und würde den Erben ein lebenslanges arbeitsfreies Einkommen von 10.000 € pro Monat garantieren – wer kann mehr verlangen?

Dauerhaft muss der Anteil des Kapitals, die Profitrate sinken, die heute bei Firmen wie Apple bei 30% und mehr liegt, und bei einigen Geldanlagen noch höher ist. Eine Sicherung des Lebensstandards in einer Mangelgesellschaft ist nur möglich, wenn Güter wesentlich effizienter genutzt werden, also aus demselben Produkt mehr Leistungen generiert werden. Das ist möglich durch teilen – unentgeltliche öffentliche Verkehrsmittel ergänzt durch Car Sharing statt privatem PKW, Waschsalon statt Waschmaschinen, Hausgeräteservice (egal ob Hausmeister*in, Dienstleister*in oder kommunaler Service) statt einer Vielzahl von privaten Werkzeugen.... Mit all diesen Maßnahmen wird das Konsumniveau gesenkt ohne die Lebensqualität zu beeinträchtigen. Ein Verbot von Flügen unter 500 km, die Auslistung von gefährlichen Chemikalien aus dem Handel (Glyphosat ist nur das letzte Beispiel) oder ein Verbot von Einwegflaschen (die Rücknahme über den Grünen Punkt hat versagt) sind notwendige dirigistische Maßnahmen auf der Verbraucherseite, aber wichtiger und wirksamer ist der Druck auf die Produzent*innen, ihr Angebot umzustrukturieren.

Unter einer Ressourcenobergrenze kann jede Firma nur noch auf Kosten einer anderen wachsen und wird das auch versuchen. Ebenso werden Anleger*innen hoffen, auf einen künftigen Gewinner zu setzen, und sich dabei oft irren – so wird das Kapital vernichtet,

4 Gestrandete Vermögenswerte

das sonst Wachstum bedeutet hätte. Für Arbeitnehmer*innen heißt das, dass die Arbeitsplätze unsicherer werden – ein weiteres Argument für ein garantiertes Grundeinkommen (mit einer physischen Komponente zur Entkommodifizierung) oberhalb der Armutsschwelle. Da Zeitarbeiter*innen als erste entlassen werden, (mehr Sicherheit bieten Festanstellungen) wäre eine „Prekaritätssteuer“ von z.B. 20 % auf die Lohnkosten ein Anreiz für Festanstellungen (für die der Mindestlohn so angehoben werden müsste, dass „Armut in Arbeit“ nicht mehr vorkommt. Finanzen für solche Projekte können generiert werden, wenn nicht nur die Spitzensteuersätze angehoben werden, sondern auch ein gesetzliches Mindeststeuerniveau für Firmen eingeführt wird; ein Mindeststeuerniveau, das es unmöglich macht, dass multinationale Konzerne durch Gewinnverschiebungen nahezu steuerfrei bleiben (wieder ist Apple ein Paradebeispiel). Keiner dieser Vorschläge überwindet den Kapitalismus, aber der Kapitalismus, der so entstehen würde, würde uns zumindest helfen, die ökologische Katastrophe abzuwenden, und er sähe sehr anders aus als das

System, das wir heute kennen. Wären wir erst mal so weit, dann könnte sich die Linke neue Strategien für den demokratischen Sozialismus ausdenken, die dann dem Stand einer ganz anderen Zeit gerecht würden – aber das ist kein Problem für heute. Dies ist eher, die Begrenzung des Konsumniveaus durchzusetzen, bevor der Mangel an Naturressourcen ihn uns aufzwingt, und so noch Gestaltungsspielräume zu erhalten. Eine Linke, und eine LINKE, die mehr Einkommen und Konsum versprechen statt einer gerechten Bewirtschaftung des Mangels, handeln im höchsten Maße unredlich – das mag opportunistisch kurzfristige Erfolge bringen (aber die waren bisher auch nicht gerade rauschende Feste), ist aber nicht zukunftsfähig. Politischer Erfolg stellt sich ein, wenn die Bürger*innen in der nächsten Krise feststellen, dass diese nicht so schmerzhaft geworden wäre, hätte man die Ratschläge befolgt, die eine Partei schon vor der Krise gemacht hat, und die zu diesem Zeitpunkt als lächerlich abgetan wurden. Sagen was ist, das ist der erste Schritt zur Veränderung, wie schon Ferdinand Lasalle wusste.

About You – Nur frage nicht, ob Du überhaupt bist

von Peter Herrmann

About You, Es geht um Dich – das scheint eine sich durchsetzende Orientierung, die auf verschiedensten Pfaden Einlass in die Diskussionen der Zeit findet. Es handelt sich dabei um einen nicht ganz neuen, aber doch wohl erneuerten Schub der Individualisierung, der einen sicheren Raum zwischen Rückzug des Individuums, Neu-Definition des Sozialen und doch zugleich der exzessiven Selbstdarstellung bereitstellt. Da finden sich auch in der „Regenbogen-Linken“ leicht Anhänger, die den Zeitgeist aufgreifen, um nach einem neuen historischen Subjekt Ausschau zu halten. Sicher, benötigt wird ein solches Subjekt, doch ob Subjektivität und der Ruf nach neuen Identitäten die Not wenden kann?

Konjunktur eines Themas

Natürlich hängt alles vom Menschen ab, und das heißt: es hängt davon ab, wie die Aussage, dass der Mensch ein soziales Wesen sei, genau verstanden wird. „Verstehen“ ist hier nicht als intellektuelle Leistung gesehen, sondern als Frage einer verändernden politischen Praxis. Da ist natürlich interessant, was gerade derzeit in vermehrter Form auf der Agenda steht.

Zunächst einige Marker des Feldes um Subjekte und Identitäten – nur stichwortartig und nur als kleine Auswahl aus einem viel weiteren Feld der Spaß- und Erlebnisgesellschaft:

- ▶ *About you* – vor einiger Zeit tauchten vor allem im Uni-Viertel in München Graffiti auf den Gehwegen auf: von Freiheit und Selbstverwirklichung war die Rede, nicht wirklich erkennbar waren die Urheber – das *About you* erinnerte ein wenig an das geheimnisvolle „V für Vendetta“ (Moore, Alan/Lloyd, David, 1988: V for Vendetta; New York: DC Comics). Die Suche auf dem Internet war recht eindeutig: es handelt sich um einen online-Modevertrieb, man muss ergänzen: einen Glücklichermacher
- ▶ MacDonalds kommt zu Hilfe und bietet nun „Deine neue Grundversorgung“¹;
- ▶ die politische Wahl erfolgt dann „Aldinativlos“ und hatte als Wahlversprechen etwa „Salat statt Bürokrat“, „weniger ackern, mehr ernten“ oder auch „Erststimme: Frische. Zweitstimme: günstig“;
- ▶ die Fortsetzung folgt gleich hier: wir klicken uns durch die Gegend – WeMove(.eu), mit dem Ziel des Change(.org) etc. und finden uns plötzlich als Mitglied

1 <https://www.gesundheit-in-bewegung.com/2016/02/29/mc-donald-s-bas-1cs-deine-neue-grundversorgung/>; 09.10.18) und so kann das Rauch-Camel dann noch finanziert werden, fordert es uns doch auf „to do your thing“ (<https://weiterzuehen.net/2016/09/06/camel-pushes-on-with-its-do-your-thing-campaign/>; <https://weiterzuehen.net/2017/07/18/camel-do-your-thing-wtf/>; 30/09/18

einer solchen Klickgemeinschaft – die Richtung ist klar: uplift(.ie), der Weg geht nach oben;

- ▶ all dies verläuft mit bewundernswerter und gerne genutzter Geschwindigkeit – entgegen den Rufen nach Entschleunigung (Rosa), die sich viele gerne leisten würden, aber nur wenige tatsächlich leisten können; und alles verläuft so schnell, dass man sich selbst nicht mehr kennt, sich immer wieder in neuen Rollen findet und fragen mag „Wer bin ich, und wenn ja wie viele?“ (Precht);
- ▶ und in diesem wirren, verwirrenden und wohl auch verwirrten Feld scheint nur noch MUT (<https://www.mut-bayern.de>) zu helfen – das ist wohl die Idee, die hinter der (linken) Parteigründung zur Bayerischen Landtagswahl 2018 steht; anstatt sich der zugegebenermaßen schwierigen Herausforderung zu stellen, eine wirkliche, d.h. sozial(istisch)e Alternative zu entwickeln, sind wir mit immer neuen Abweichungen nicht von einem gemeinsamen Weg, sondern selbst von der Suche nach einem gemeinsamen Weg konfrontiert – wichtig ist im gegenwärtigen Zusammenhang, dass der Bezugspunkt nicht zuletzt Unzufriedenheiten und Identitätsfragen sind; Orientierungen also, die von genau jenen Regenbogen-Linken als populistisch kritisiert werden;
- ▶ solche Neuorientierungen stehen freilich auch im Zusammenhang mit einer neuen Formation politischer Hegemonie: nur als Stichwort kann auf „global governance“ als neue Herrschaftsform hingewiesen werden – man mag von einer Entformalisierung traditioneller Formen bürgerlich-parlamentarischer Politikmechanismen sprechen, die bei aller Offenheit immer mit dem Problem konfrontiert ist, in Willkürherrschaft der Mächtigen umzuschlagen – Geld macht mächtiger; Zeit lässt machen und Geld&Zeit macht Macht, letztlich eine Ent-Demokratisierung in schmuckem Gewand, deren attraktive Seiten der Schaffung von Transparenz freilich auch leicht in einer neuen Leak-Ocracy enden² und damit die Mär von einer post-faktischen, post-theoretischen Weltsicht nähren;
- ▶ um zu verhindern, dass solche Orientierung auf weiche Regierungsformen überbordnet, wird sichergestellt, dass zumindest in Teilen der Rechts(staats-)gedanke faktische Bedeutung gewinnt: es ist auffällig,

dass das positive, gesetzte Recht gerade im Bereich des Wirtschaftens einen Bedeutungsgewinn erlebt – etwa die zunehmende Verdrängung des Gemeinschaftsrechts („common law“) in wirtschaftsrelevanten Bereichen im Vereinigten Königreich und den USA lässt dies erkennen.

Es handelt sich also um einen Flickenteppich, dessen Analyse mehr einen sich ändernden Zeitgeist offenbart als eine eindeutig zu verortende Strategie mit klar bestimmbar Akteuren.³

All dies lässt sich leicht auch als Kritik zusammenfassen – etwa als Sicht auf eine „imperiale Lebensweise“ mit den verschiedenen Ansätzen und doch auch zumindest unterschwelligem Versprechen eines anti-imperialen Gegenentwurfs⁴. Allerdings bleibt eine solche Zusammenfassung so diffus, wie die verschiedenen Faktoren, die zu der Hegemonialstruktur beitragen – dies gilt zumindest solange, wie die Analyse nicht von einer klaren politisch-ökonomischen Vorstellung getragen wird.

Der Methodologische Stolperstein

Es muss bei den Diskussionen gerade auf der Seite linker Kräfte wundern: die Methodologie bürgerlicher Sozialwissenschaft wird überraschend weitgehend akzeptiert. Es sind vier Säulen, die hier hervorgehoben werden – alle hatten sicher einst eine große Rechtfertigung, wie ja auch der Kapitalismus selbst einst eine progressive Kraft war (s. Marx). Gemeint sind hier methodologischer Individualismus, methodologischer Nationalismus, methodologischer Pragmatismus und methodologischer Gegenwartsbezug als die tragenden Bezugspunkte allen Denkens, anders ausgedrückt: „ich will alles und zwar jetzt und das ist gut für meinen Staat.“

Dabei wird ein entscheidender Fehler gemacht, der zwar einer verständlichen Konstellation entspringt, aber doch zugleich in die Irre führt. Ausgangspunkt ist die umsichtige Analyse Karl Polanyis und seine These von der „Entbettung“. Allerdings wird diese oft verkürzt rezipiert. So kommt es dann zu Feststellungen wie der Folgenden:

Am dringlichsten ist es, die Entbettung der Ökonomie aus der Gesellschaft, aus ihren politischen, sozialen, ökologischen, kulturellen, historischen und

2 Hill schreibt: „Various shadowy operatives have increased their capability to record, videotape, hack, unearth and release private conversations, communications and information, whether from two hours ago or twenty years. They can turn the rituals of democracy into sleaze-fests for the sensationalist press.“ (Hill, Steven, November 2016: The New Leak-Ocracy: Elections Decided By Hackers And (Wiki)Leaks; in: Social Europe; <https://www.socialeurope.eu/new-era-elections-decided-hackers-wikileaks>; 28.09.18)

3 Dies entspricht auch der Gramsci'schen Sicht auf Etablierung und Aufrechterhaltung von Hegemonie, wobei wir es immer auch mit einer gelungenen Vorspiegelung von win-win-Konstellationen zu tun haben.

4 Brand, Ulrich/Wissen, Markus, 2017: Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus: München: oekom verlag: 43

*demokratischen Fundamenten, zu beenden oder, anders gesagt, die Ökonomie wieder als Teilsystem in die Gesellschaft einzubetten. Ökonomische Daten müssen als soziale Verhältnisse und nicht nur als für die Modellverarbeitung geeignete quantitative Zusammenhänge analysiert werden*⁵.

So richtig dies in vielerlei Hinsicht ist, so haftet der Sicht aber doch in dieser Formulierung etwas Problematisches an: Tatsächlich, will man Polanyi folgen, muss es doch heißen, dass die Gesellschaft selbst ab einem bestimmten Punkt zu einer Marktgesellschaft umgeformt ist. Bei Polanyi ist dies die Orientierung auf Gewinn, verstanden als Vermehrung monetären Guthabens – er datiert dies auf das 19. Jahrhundert. Tatsächlich wurde später mit der Festlegung des GDP* als Messlatte der wirtschaftlichen Leistung gleichsam ein amtlicher Segen erteilt – Simon Kuznet, der ganz wesentlich hinter dieser Messgröße stand, hat aber zugleich betont, dass es sich nicht um einen Wohlstands- oder Wohlfahrtsindikator handelt⁶. In diesem Licht wird klar, dass es nicht um eine Wiedereinbettung gehen kann, sondern vielmehr um eine Änderung der Gesellschaft, d.h. die Neudefinition der Orientierung des Wirtschaftens. Genau hier gibt es aber immer wieder große Schwierigkeiten: wird einerseits zumindest von marxistischer Seite betont, dass die ökonomischen Verhältnisse die dominanten sind, so wird dies zumindest während bestimmter Phasen leicht vergessen: zwar wird bei der Bestimmung der Wichtigkeit eines historischen Subjekts noch im Großen und Ganzen die ökonomische Basis gesehen, aber bei der weiteren Arbeit wird leicht vergessen, was denn Ökonomie und Politische Ökonomie bedeuten und dass Politische Ökonomie etwas anderes ist als Makroökonomie. Wichtig ist zudem, dass natürlich neben der allgemeinen Durchsetzung des Gewinnmotivs und der sogenannten Entbettung das so bestimmte Grundmuster im Weiteren in verschiedenen Weisen konkretisiert wurde und wird.

Sicher: Lebensweisen! – Aber was ist das überhaupt?

Natürlich geht mit all diesen Entwicklungen immer auch eine Änderung der Lebensweisen einher. Mit Blick auf Länder wie Deutschland, Frankreich oder England sind die Lebensverhältnisse etwa der im

Kohleabbau Beschäftigten heute gegenüber 1918 oder gar 1818 sicher sehr grundlegend verändert – abgesehen von der Tatsache, dass die Bedeutung der Kohleförderung in diesen Ländern eine völlig andere ist. Nur: diese Veränderungen – seien sie auf individueller Ebene oder auf Ebene der Gesellschaft und der verschiedenen Klassen – sind weder schlicht eine Folge gewachsenen Wohlstands noch sind sie ein Ausdruck geänderter subjektiver Wertschätzungen, die in Änderungen der Lebensweisen zum Ausdruck gebracht werden – das wäre die Grenznutzenschule. Vielmehr geht es, vereinfacht ausgedrückt, um folgende Fragen: Womit kann ich Geld machen? Wie wird Geld am ehesten ausgegeben? Wie wird mit „Geld-Machen“ und Konsumieren „gutes Leben“ definiert? Dass es warenvermittelt ist, liegt in der Natur des Kapitalismus. Und ebenso liegt es in der Natur des Kapitalismus, dass es klassenvermittelt und klassengebunden ist – somit ist es sicherlich aus Sicht einer politisch-ökonomischen Analyse auch zweifelhaft, von einer „imperialen Lebensweise“ zu sprechen, deren Kern darin besteht, *dass das alltägliche Leben in den kapitalistischen Zentren wesentlich über die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und Naturverhältnisse andernorts ermöglicht wird.* (Brand/Wissen, op.cit.: 43).

Es geht vor allem um

Konkretisierung[en] eines vollständigen Triumphs der bürgerlichen Ideologie auf die Ebene der Alltagspraxis: er begründet und erhält die trügerische Vorstellung, dass sich jedes Individuum auf Kosten aller mehr Geltung verschaffen und bereichern kann (ibid.: 136).

Folgende Qualifizierungen und Konkretisierungen sind angemessen:

- ▶ Imperial sind sicherlich die Interessen bestimmter Gruppen – aber selbst hier sollte man klar in der Aussage sein, dass das tatsächliche Interesse in der Maximierung der Profitrate⁷ besteht und das Imperiale nur Mittel zum Zweck ist. Gerade in Zeiten der Verschiebungen globaler Kräfteverhältnisse und des Aufholens der sogenannten Schwellenländer mag man fragen, wie weit dies eine Bedingung ist, auf die man eventuell verzichten muss.
- ▶ Imperial ist sicher in gewisser Hinsicht eine Lebensweise, aber dabei handelt es sich eben nicht um die Lebensführung, die individuell bestimmt sein mag.

5 Luft, Christa, : Wider den Marktradikalismus. Herausforderungen für ökonomische Theorie und linke Wirtschaftspolitik; Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung; Analysen 46: 28; https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen46_Marktradikalismus.pdf; 30.08.18

6 siehe Kuznet, Simon, 1934: Report on National Income, 1929-32, referred to the Committee of Finance; Washington: Government Printing Office; <https://fraser.stlouisfed.org/title/971;13/10/18>

7 Hier unbeachtet die Frage nach dem Verhältnis von absolutem Profit und Profitrate.

* Anmerkung der Redaktion: GDP = Gross domestic product, das Bruttoinlandsprodukt

Genau damit aber ist der Punkt definiert, der bei den verschiedenen Diskussionen zu kurz kommt und gerade mit Blick auf die Thematisierung durch Ulrich Brand und Markus Wissen – die ja als wissenschaftliche und systematische Vorgehensweise gedacht ist – als besonders problematisch erscheinen muss: Hingewiesen wurde bereits auf die methodologische Verkürzung in den Sozialwissenschaften. Dadurch, dass auch bei Brand/Wissen genau diese nicht überwunden ist, ergeben sich erhebliche Probleme. Es geht hier nicht primär um die Frage, ob sie sich selbst auf individuelle Konsummuster oder gesellschaftliche Konsumnormen beziehen. Wohl aber ist die Tatsache der Nicht-Unterscheidung fatal für die weitere Theorie- und auch Praxisentwicklung. Will man eine klare Linie aufzeichnen, muss man nicht unbedingt die gesamte Diskussion um Charaktermasken (Marx), die Verbürgerlichung und Vermittelschichtung der Arbeiterklasse und die Herausbildung der Arbeiteraristokratie (Mahnkopf) sowie die Kapitalisten als personifizierte Kategorien (Marx) unmittelbar aufgreifen; gleichwohl sollte man sie sehr klar im Kopf haben.

Eine andere Leseweise, nicht zuletzt in kritischer Auseinandersetzung mit dem Konzept der imperialen Lebensweise, wird hier wie folgt dargestellt. Wie bei Brand und Wissen wird auch hier Bezug auf die französischen Regulationisten genommen. Offen bleibt allerdings bei dieser Schule die Vermittlung zwischen den Ebenen. Bezugspunkte der Regulationisten sind das Akkumulationsregime sowie die Regulationsweise. Mehr oder weniger unausgesprochen wird aber von der Richtigkeit des methodologischen Individualismus ausgegangen: tatsächlich wird dies direkt in der Definition des Akkumulationsregimes durch Alain Lipietz zum Ausdruck gebracht – er spricht von einer *langfristige[n] Stabilisierung der Verteilung des Nettoprodukts zwischen Konsum und Akkumulation [was] eine gewisse Übereinstimmung zwischen der Umformung sowohl der Produktionsbedingungen als auch der Reproduktionsbedingungen von Lohnarbeitern einschließt*⁸.

Man kann auch sagen, dass dem Modell ein mehrfacher Gleichgewichtsgedanke zugrunde liegt: erstens wird ein Gleichgewicht zwischen der Makroebene und der Mikroebene vorausgesetzt; zweitens wird ein Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsum angenommen; drittens und viertens wird ein Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen – sowohl mit Blick

auf die Individuen als auch mit Blick auf die Volkswirtschaft in mittlerer Frist – angenommen. Leider ist das Leben nicht ganz so einfach, weder das der Individuen noch das der Volkswirtschaften oder Gesellschaften. Und leider sind selbst diese Differenzierungen nur ein Teil der Wahrheit, denn zusätzlich sind zwei weitere Punkte zu berücksichtigen: (i) die Gesellschaft, die hier relevant ist, ist eine hochgradig gespaltene Klassengesellschaft, die zudem mehrfach geschichtet ist (Einkommen, Bildung, Gender, Migrationsstatus, Region, Religion ...) – dies bedeutet, dass sie auf eigenartige Art zweifach die Einheit der Widersprüche präsentiert:



So sehr diese Nationalstaaten Bezugspunkt für Identitäten darstellen, so sehr handelt es sich doch zugleich um ein Konstrukt, welches sehr unterschiedliche Identitäten erlaubt und erfordert; (ii) so sehr immer noch Nationalstaatlichkeit als Bezugspunkt relevant ist, so ist dieser auch nach Außen faktisch brüchig – diese Brüchigkeit ist aber nicht in den 130,3 Millionen Passagieren von Ryanair ausgedrückt;⁹ vielmehr handelt es sich um die Tatsache, dass diese Fluggesellschaft Teil eines Kapitals bildet, welches heimatlos geworden ist und das mit Arbeitsverträgen agiert, die oftmals die Form von Verträgen mit Subunternehmern annehmen – und in jenen Fällen tatsächlich dem Unternehmen Ryanair alle Rechte zuspricht, den Piloten als einer Art Subunternehmern aber alle Rechte abspricht. Ein anderes Beispiel ist der Computer-Gigant Apple: Verkauft wird weltweit, produziert wird nur in begrenztem Masse global, denn die Hauptlast tragen asiatische Länder – wirklich muss von Last der Produktion gesprochen werden, denn die sogenannten Wertketten (*value chains*) sind tatsächlich Armuts-

8 Lipietz, A., 1986: New tendencies in the international division of labor: Regimes of accumulation and modes of regulation. In A. J. Scott and M. Storper (Eds.), Production, work, territory: The geographical anatomy of industrial capitalism; Boston/London/Sydney: Allen and Unwin: 16-40; here: 19; Übersetzung P.H.

9 Anzahl der Passagiere von Ryanair in den Geschäftsjahren* 2011 bis 2018 (in Millionen); <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/254375/umfrage/passagierzahlen-von-ryanair/>; 24/09/18

ketten¹⁰. Entscheidend ist, dass mit dieser Politik auch eine unternehmerische Steuerpolitik verbunden ist, die eine strukturell neue Stufe erlangt hat: Gerichtlich ist nicht nur der Unternehmenssitz zu klären, sondern zugleich, was denn überhaupt dieses Unternehmen wo und wie definiert¹¹. All dies lässt sich ebenso für andere Firmen, Sektoren und Länder feststellen, wenngleich die Erscheinungsformen im Einzelfall jeweils abweichen werden – die digital-industrielle GAFA-Gruppe¹² (und ebenso die asiatischen BAT-Player¹³) sind klar sichtbar, aber äußerst datenscheu, wenn es um die diversifizierten Geschäftspraktiken geht.

Entscheidend ist, dass die vorgeblich entstehende imperiale Lebensweise so keine Form annimmt und nicht einmal klar dem Begriff des Akkumulationsregimes entspricht. Bezieht man sich auf die oben angeführte Definition, muss Konsum – und eine entsprechende Lebensweise – auf mehreren Ebenen bestimmt werden:

- ▶ Es geht um die Funktionalität für das Kapital: Bedürfnisse werden produziert, um Absatzmärkte zu haben – dabei spielt auch das Einpendeln auf gesellschaftlich angemessene Einkommen eine Rolle¹⁴.
- ▶ ebenfalls spielt eine Rolle, dass Konsum natürlich schlicht Mittel zur Reproduktion der Arbeitskraft ist – oft übersehen wird, dass es dabei durchaus eine Art Parallele gibt zwischen der Änderung der organischen Zusammensetzung des produktiven Kapitals einerseits und dem, was man organische Zusammensetzung des Arbeitskraft-Reproduktionskapitals nennen mag. Neben den grundsätzlichen Faktoren der Wertbestimmung der Ware Arbeitskraft¹⁵ geht es um Detailfragen¹⁶ wie etwa die Verfügbarkeit von Billigläden, Outlets, Betriebsrabatten/Sonderzulagen, payback-Programmen, die mit einer Kundenbindung einhergehen.... – nur durch sie ist letztlich Reproduktion für viele möglich oder in anderen Worten: nur die Weitergabe von Kosten an andere: das meist immer

noch hilfsbereite Verkaufspersonal der Discounter, die trotz allem lächelnden Flugbegleiter der Billig-Fluggesellschaften und die Kinderarbeiter in Asien, Afrika oder selbst den Außenbezirken von Florenz, die allerdings unsichtbar bleiben.

- ▶ Schließlich – dies ist nicht mit dem Vorgenannten zu verwechseln – spielt Konsum auf der individuellen Ebene ebenso eine Rolle: Dabei geht es darum, „ein Auskommen zu haben“, aber ebenso darum, sich selbst soweit zu verwirklichen, wie es möglich ist – unbedingt muss hier in Erinnerung gerufen werden, was Marx hervorgehoben hat, als er vom *zoon politicon* sprach: *Der Mensch ist im wörtlichsten Sinn ein (...), nicht nur ein geselliges Tier, sondern ein Tier, das nur in der Gesellschaft sich vereinzeln kann*¹⁷.

Diese Formulierung verdeutlicht auch sehr schön, dass eben individueller Konsum nicht einfach eine Frage von individuellen Präferenzentscheidungen ist, wie es die Grenznutzenschule vorgibt; ebenso muss gesehen werden, dass es nicht einfach „gesellschaftlich vermittelte Entscheidungen“ sind.

- ▶ Die gleichen Einwände richten sich auch gegen die Kritik der imperialen Lebensweise, soweit sie eben im Grunde nicht über den Versuch einer kritischen Anwendung grenznutzen-theoretischer Paradigma hinausreicht, ohne aber auch nur ansatzweise den grundlegenden Kurzschluss des methodologischen Individualismus zu adressieren.

Daraus wird hier der Gegenvorschlag abgeleitet, dass wir nicht von einer imperialen oder anti-imperialen Lebensweise sprechen sollten, sondern differenzierter vorgehen müssen. Es geht nicht darum, „soziale“ und „individuelle“ Weisen zu unterscheiden – und dann nach Vermittlungsprozessen zu suchen; stattdessen soll zwischen Makro- und Mikroebene unterschieden werden und ebenso soll nach Ebenen der Strukturierung gesucht werden. Beides zusammen drückt sich dann in dem Vierfelder-Schema aus, welches im Folgendem dargestellt ist (s. nächste Seite).¹⁸

10 siehe Selwyn, Benjamin, June 2016: Global Value Chains or Global Poverty Chains? A new research agenda; Brighton: University of Sussex. Centre for Global Political Economy; CGPwE Working Paper Series; Working Paper 10; <https://www.sussex.ac.uk/webteam/gateway/file.php?name=selwyn-global-chains-2016-w-imprint.pdf&site=359>; 05/02/18.

11 siehe Kampf, Lena/Mühlauer, Alexander/Richter, Nicolas, 2018: Die Versuchung; in: Süddeutsche Zeitung; <https://projekte.sueddeutsche.de/artikel/wirtschaft/der-us-konzern-apple-und-seine-steuerversuchungen-e656358/?reduced=true>; 28.09.18.

12 Gemeint sind die globalen Plattformen Google, Apple, Facebook, Amazon (GAFA).

13 Internet-Radio per App

14 siehe etwa die Zahlung von einem außerordentlich hohen Einkommen durch Henry Ford, der damit vornehmlich die Arbeiterschaft auf sein Werk verpflichten wollte, zugleich aber auch zahlungsfähige Nachfrage sichern wollte.

15 Deren Produktions- und Reproduktionskosten einschließlich des moralisch-historischen Elements.

16 Hier ergibt sich dann auch ein differenziertes Bild je nach strata etc.

17 Marx, Karl, 1857: Einleitung [zur Kritik der politischen Ökonomie; in: Marx Engels Werke, Band 13; Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED [Hrsg.]; Berlin: Dietz Verlag 1961: 615-642; hier: 616

18 Diese Darstellung findet sich bereits in verschiedenen Arbeiten; hier nun in deutscher Übersetzung durch den Autor

Schwerpunkt: Wirtschaft und Gesellschaft

<p style="text-align: center;">Akkumulationsweise</p> <p>langfristige[...] Stabilisierung der Verteilung des Nettoprodukts zwischen Konsum und Akkumulation, [was] eine gewisse Übereinstimmung zwischen der Umformung sowohl der Produktionsbedingungen als auch der Reproduktionsbedingungen von LohnarbeiterInnen einschließt¹⁹</p>	<p style="text-align: center;">Lebensweise</p> <p>Bedingungen der Reproduktion der LohnbezieherInnen, verstanden als langfristig stabilisiertes Verhältnis zwischen Unterordnung unter systemische Anforderungen und dem Wunsch nach Selbstrealisierung</p>
<p style="text-align: center;">Lebensart/ Lebensstil</p> <p>persönlicher „Lebensstil“ als Anpassung an die Kombination und Interpretation von verschiedenen Anforderungen und Optionen, einschließlich des Aufbaus und der Herstellung expliziter Beziehungen</p>	<p style="text-align: center;">Regulationsverfahren</p> <p>eine Verkörperung des Akkumulationsregimes in Form von Normen, Gewohnheiten, Gesetzen, Regulierungsnetzwerken usw., die die Einheit des Prozesses gewährleisten, d.h. die ungefähre Übereinstimmung der einzelnen Verhaltensweisen mit dem Schema der Reproduktion²⁰</p>

Auch wenn im Einzelnen das AGIL²¹-Schema des Soziologen Talcott Parsons einiges an grundlegender Kritik hervorruft, so kann es doch in brauchbarer Weise hier ergänzend eingebracht werden. Parsons ging es darum, das Systeme durch vier Grundorientierungen bestimmt sind, namentlich Anpassung, Zielverfolgung,

Integration und Wertegeneralisierung – die Herausforderung besteht in der Herstellung einer Balance. Dies lässt sich auch in einer materialistischen und klassentheoretischen Perspektive anwenden und in Verbindung mit dem erweiterten regulationstheoretischen Blick lesen. Dann ergibt sich folgende Sicht:

Akkumulationsweise – Zielerreichung	
Regulationsverfahren – Anpassung	Lebensweise – Integration
Lebensart/ Lebensstil – Wertegeneralisierung	

Will man das Konzept der „imperialen Lebensweise“, wie es von Brand und Wissen vertreten wird, (i.S. der dialektischen Doppelbedeutung des Bewahrens und Überwindens) aufheben, so kann man diese auf der mittleren Ebene anordnen – was sich politisch als Regulationsverfahren zeigt und dort ein System von Normen des Zusammenlebens etabliert, hat als ergänzende Syntax die Lebensweise, die ebenfalls normativen Charakter hat, hier aber eher die Bezugspunkte des „guten Lebens“ markiert. Wichtig ist, dass diese Lebensweise nur begriffen werden kann, wenn sie historisch spezifisch als Vermittlungsinstanz gesehen

wird: es lässt sich sagen, dass es sich um einen Abstimmungsprozess handelt. „Von oben“²² werden Anforderungen als Rahmen-Vorgabe definiert – diese betreffen sowohl für die Reproduktion notwendige Aspekte als auch die Normierungen, wie sie sich aus der Entsprechung von kapitalistischen Produktionsbedingungen und den Reproduktionsbedingungen der Lohnabhängigen ergeben – die letzteren sind eben die Kriterien für das „derzeit gute Leben“: dazu gehören Statusprodukte, Balance von Arbeiten und Einkommen²³ und Leben, Ernährung zwischen billigen Hähnchen der Massenproduktion²⁴ versus „vegane Bio-

19 Lipietz, Alain, 1986: New Tendencies in International Division of Labour: Regimes of Accumulation and Nodes of Regulation, in: Production, Work, Territory; Scott, A.J./Storper, M. (eds.); London: Allen Unwin: 16-40, here: 19

20 ibid.

21 Adaptation (Anpassung), Goal Attainment (Zielerlangung), Integration, Latent Pattern Maintenance (verborgene Aufrechterhaltung von Strukturen), daher die Abkürzung AGIL

22 verstanden als Akkumulationsregime, nicht als eine „manipulative Klasse“

23 Einkommen ist hier der üblichen Ordnung Arbeit und Leben beigelegt, da ja zumindest teils die Option besteht, zwischen Arbeitsdauer und Einkommen, also etwa eine kürzere Arbeitszeit zu wählen, da einem Zeitgewinn für Anderes wichtiger ist als der so bedingte Einkommensverlust.

24 Siehe Patel, Raj/Moore, Jason W., May 2018: How the chicken nugget became the true symbol of our era; in: The Guardian; <https://www.theguardian.com/news/2018/may/08/how-the-chicken-nugget-became-the-true-symbol-of-our-era>; 28/09/18

Produkte" als der letzte Hit der Gesundheits- und Gastgewerbe-Industrie und natürlich der geistige Kampf um alternativen und umweltgerechten (nicht nur Tier-)Transport. – Wenn hier eher „heutige Maßstäbe" angeführt sind, so waren dies eben zu anderen Zeiten das Bestehen des Rechtes auf geregelte Arbeitszeit und wenigstens einen freien Tag am Wochenende, der Wunsch nach der Fähigkeit des Mannes, „die Frau ernähren zu können“ und umgekehrt „dem Mann ein Heim zu bereiten“, der Kampf ums möglichst tägliche Fleisch und die Feier des Autos als des Deutschen liebstes Kind.^{25, 26}

Im gegenwärtigen Zusammenhang ist dies daher bedeutsam, als es erlaubt, ein differenzierteres Bild zu entwickeln. Ziel ist vor allem, Gesellschaftlichkeit in einer Weise zu begreifen, die die vier methodologischen Grundsünden des bürgerlichen sozialwissenschaftlichen Denkens²⁷ überwindet:

- ▶ Da ist einmal die unmittelbare Gesellschaftlichkeit des Handels – man denkt nicht an sich, sondern handelt im Interesse anderer und mehr noch im Interesse des Verhältnisses zu anderen. Am ehesten ist dies wohl mit dem landläufigen Verständnis von Ubuntu zu fassen.²⁸ Es handelt sich nicht um einfache Abhängigkeiten und Beeinflussungen, wenngleich die Grenze gerade dann schwer zu ziehen ist, wenn eine solche Orientierung gegen die herrschende Systemstruktur steht.

- ▶ Zum anderen handelt es sich darum, dass Gesellschaftlichkeit sich schlicht in gegebenen Standards – Anforderungen und Möglichkeiten – ausdrückt. Adam Smith betonte dies vor allem im Zusammenhang mit dem historischen Charakter von Bekleidung – arm ist nicht, wer etwas nicht hat, sondern der-/diejenige, der/die etwas nicht hat, was alle anderen haben.

In beiden Fällen handelt es sich aber zugleich um vermittelte Prozesse. So, wie in der zitierten Aussage aus der Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie betont ist, dass sich der Einzelne nur in der Gesellschaft vereinzeln kann, so gilt auch, dass sich Gesellschaft nur durch das Handeln der Einzelnen entwickeln kann – wichtig ist, dass es nicht das Aggregat des Handelns Einzelner ist,²⁹ sondern der unmittelbare Ausdruck des Zusammen-Handelns. Der sperrige Begriff „Zusammen-Handeln“ ergibt sich daraus, dass es keineswegs um gemeinsames oder gar gemeinschaftliches Handeln geht. Vielmehr sind Konflikte – als Interessenkonflikte und/oder Kontrollkonflikte auf der Tagesordnung. Hier nimmt nun die Vermittlung eine konkrete Form an, die oftmals in den Worten „Das eine was man will, das andere was man muss“ ausgedrückt wird. Tatsächlich sollte es lauten „Das eine was man will, das andere was man muss, und schließlich was man tatsächlich kann“. Damit ist konkrete Gesellschaftlichkeit zumindest dreifach bestimmt:

25 Damals.de: 13.3.2017: Der Deutschen liebstes Kind – das Auto; <https://www.wissenschaft.de/geschichte-archaeologie/der-deutschen-liebstes-kind-das-auto/>; 28.09.18

26 Zumindest ein Teil der relevanten Themen wird in den Sozialwissenschaften im Rahmen der Wertewandelstudien untersucht; besonderen Stellenwert aber nehmen für die Entwicklung einer linken Perspektive die ethnologisch-soziologisch geleiteten Studien von Pierre Bourdieu ein. Siehe in diesem Zusammenhang aber auch schon die bedeutende Studie von Thorstein Veblen (Veblen, Thorstein, 1899: *The Theory of the Leisure Class*; New York/London: Macmillan, 1912; dt.: *Theorie der feinen Leute. Eine ökonomische Untersuchung der Institutionen*. Kiepenheuer & Witsch, Köln/Berlin, 1958

27 Wie angeführt handelt es sich um methodologischen Individualismus, methodologischen Nationalismus, methodologischen Pragmatismus und methodologischen Gegenwartsbezug.

28 It speaks of the very essence of being human. When we want to give high praise to someone we say, Yu, u nobuntu; hey, so-and-so has Ubuntu. Then you are generous, you are hospitable, and you are friendly and caring and compassionate. You share what you have. It is to say, my humanity is caught up, is inextricably bound up, in yours. We belong in a bundle of life. We say a person is a person through other persons. It is not I think therefore I am. It says rather: I am human because I belong, I participate, and I share. A person with Ubuntu is open and available to others, affirming of others, does not feel threatened that others are able and good, for he or she has a proper self-assurance that comes from knowing that he or she belongs in a greater whole and is diminished when others are humiliated or diminished, when others are tortured or oppressed, or treated as if they were less than who they are. –

Es spricht von der Wesen des Menschseins: Wenn wir Jemandem großes Lob aussprechen wollen, sagen wir: Yu, du Nobuntu; hey, so und so hat Ubuntu. Dann sind Sie großzügig, Sie sind gastfreundlich und Sie sind freundlich und fürsorglich und mitfühlend. Sie teilen, was Sie haben. Es ist zu sagen, dass meine Humanität ist in Ihrer und dort aufgehoben. Wir gehören zu einem Lebensverbund. Wir sagen, eine Person ist eine Person durch andere Personen. Es ist nicht: ich denke also ich bin. Es heißt eher: Ich bin ein Mensch, weil ich dazugehöre, ich mache mit, und ich teile. Eine Person mit Ubuntu ist offen und steht anderen zur Verfügung, bejaht andere, fühlt sich nicht bedroht, wenn andere fähig und gut sind, denn sie hat ein gewisses Selbstbewusstsein, das sich aus dem Wissen ergibt, dass sie in ein größeres Ganzes gehört. Es wird verringert, wenn andere gedemütigt oder abgewertet werden, wenn andere gefoltert oder unterdrückt werden oder so behandelt werden, als wären sie weniger als wer sie sind.

(Desmond Tutu: <http://www.tutufoundationusa.org/desmond-tutu-peace-foundation/>; 29/09/18)

29 Diese Sicht würde dem methodologischen Individualismus entsprechen.

- ▶ als ökonomischer Möglichkeitsraum für die Menschen, wobei Möglichkeit immer auch Erwartungshorizont bedeutet: gutes Leben ist, was möglich ist; und möglich ist, was individuell Gewinn bringt;
- ▶ als konkreter Handlungsraum, der durch die individuelle und gesellschaftliche Gewinnabwägung bestimmt ist – in der Ökonomie als Opportunitätskosten gefasst. Hier sind diese allerdings nicht als Erwägungen von Individuen gefasst, sondern als „Interessenaushandlung“ zwischen verschiedenen Gruppen: wie wird letztlich durchgesetzt, dass ein zwanzigstes Jackett, ein dreißigstes Paar Schuh oder ein teures Rennrad wichtiger sind als eine verkürzte Arbeitszeit; wie wird durchgesetzt, dass eine Karrierebenachteiligung (für wen?) leichter zu akzeptieren ist, als die Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen, Kindern o.a.;
- ▶ letzteres zeigt auch, dass ganz wesentlich Rollenmuster bedeutsam sind, diese selbst aber nicht durch den „freien Willen“ bestimmt werden, sondern aus Machtverhältnissen hervorgehen – Interpersonelles wird nicht zuletzt durch Rechtsvorschriften, parlamentarische Befassungen, politische Aktionen etc. definiert und zugleich „gedeckt“ und implementiert.³⁰

Ein weiterer Aspekt spielt eine Rolle: diese Auseinandersetzungen – denn Lebensweisen sind als solche zu fassen – sind ganz wesentlich dadurch geprägt, dass sie parallel im Nahraum, etwa der Wohnsiedlung oder dem Stadtteil erfolgen, zugleich aber globalen Charakter tragen. In dieser Lesart kann man gar von einer beidseitigen „Bedrohung“ sprechen: die Immigration auf der einen Seite hat als Pendant nicht nur die Emigration (etwa als *brain-drain*), sondern geht auch mit dem suggestiven Anspruch des „Computers und der Coke© in jedem Dorf und jeder Hütte“ einher – eine Bedrohung ist letzteres, weil so eigene Standards und zugleich eigene (Re-)Produktionsmuster ausgehöhlt werden. Was als imperiale Lebensweise dargestellt wird, ist demnach ein Herrschaftsprojekt, dem dadurch begegnet werden muss, dass relevante Bewegungen sich radikal vom Grenznutzen-Denken abwenden und dezidiert eine Strategie gesellschaftlicher Entgrenzung, also Nutzensausweitung für die Gesellschaft, entwickeln – auf der Seite eines neu zu denkenden progressiven Rechts muss es darum gehen, das posi-

tive, zivilrechtliche Denken (gesetztes Recht) produktiv mit dem Gemeinschaftsrecht (im Sinne des *common law* mit der großen Bedeutung des „Richterrechts“ und der Präzedenzfälle) zu verbinden. Entscheidend muss für beide die Wirtschafts- und die Rechtswissenschaft sein, endlich das Soziale neu zu denken und zwar als eine Kategorie, die mehr ist als ein Aggregat von Individuen.

Der Beginn zum Schluss: Du hast keine Chance, nutze sie³¹

Zusammenfassend ergibt sich: So gerechtfertigt die Kritik an einer vermeintlichen imperialen Lebensweise ist, so verfehlt ist sie zugleich, wenn es um die Realität geht. Neben solchen Kritiken wie der seitens Stefanie Hürtgen³² ausgearbeiteten sollte in dem vorliegenden Beitrag aufgezeigt werden, dass dem Ansatz in positiver Leseweise jegliches politisch-ökonomisches Verständnis fehlt, oder in negativer Lesung ein falsches, „bürgerliches“, Verständnis zugrunde liegt.

Wichtig ist bei allem, dass das, was als methodologische Fehlleistungen bürgerlicher Sozialwissenschaften aufgezeigt wurde, zugleich zu bürgerlichen Fehlleistungen des politischen Handelns führt. Gut gewollt und schlecht gerollt – alternativer Transport, ebenso alternative Ernährung und Neuorientierungen des Geschlechter-Rollenverhaltens sind sicher wertvoll als Anstöße. Nur – überspitzt und vereinfacht: wenn die, die im Dunkeln leben, auch einmal ins Licht wollen, gilt eben, dass jeder Lichtstrahl immer noch daran gebunden ist, dass an anderer Stelle mehr Dunkel entsteht – dies geschieht in einer Art konzentrischer Bewegung: der Kauf von *age*³³-Gemüse ist für viele eben nur möglich, wenn sie mehr arbeiten, beengter, in großer Entfernung vom Arbeitsplatz wohnen oder aber die Ausgaben für Kultur und Bildung (ggf. auch der Kinder) reduzieren ... – Schließlich kann kaum geleugnet werden, dass die Klassengesellschaft, deren Analyse bei der Kritik an der imperialen Lebensweise weitgehend ausgeblendet ist, davon lebt, dass immer noch der Haifisch die Wellen des täglichen Lebens bewegt – und der eben hat die Zähne und verlangt von den Mitfischen zumindest Zähnchen zum Überleben. Es sind jene Zähnchen, die der Haifisch selbst darbietet, diejenigen, bei denen wir eben jene Lebensweisen fühlen

30 Zu denken ist z.B. an das Verständnis von Macht bei Michel Foucault.

31 So der Titel der Sammlungen von Herbert Achternbusch, die 1991 ff. bei Suhrkamp verlegt wurden

32 „klassenanalytisch“, z.B. Huertgen, Stefanie, 2018: Das nördliche „Wir“ gibt es nicht; in: LUXEMBURG; <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/das-noerdliche-wir-gibt-es-nicht/>; 09.10.18) und Thomas Sablowski

(Akkumulationsregime in globaler Perspektive, z.B. Sablowski, Thomas, Mai 2018: Warum die imperiale Lebensweise die Klassenfrage ausblenden muss; in: LUXEMBURG ONLINE; <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/warum-die-imperiale-lebensweise-die-klassenfrage-ausblenden-muss/>; 09.10.18

33 *age*-Gemüse ist wohl ein Begriff, der angemessener ist als Gemüse aus biologischem Anbau (Bio-Gemüse)

können: es ist alles „*About you*“, es ist die neue *MacDonalds-Grundversorgung*, die immer noch besser schmecken mag als der Gang zur Stütze, denn so ist alles eben nicht alternativlos, sondern „Aldinativlos“ – Politik ist einen Einkauf oder einen Maus-Klick entfernt; es sichert eben auch die Zeit zur *Entschleunigung* und beantwortet die Frage „Wer bin ich, und wenn ja wie viele?“; *MUT* zum Alleingang und Bereitschaft, sich den Regeln der „*global governance*“ als neuer Herrschaftsform zu stellen – die Grundregel ist die der Regellosigkeit der *entformalisierten* Herrschaft – Geld macht mächtiger; Zeit lässt machen und Geld&Zeit macht Macht, die Ent-Demokratisierung in schmuckem neuen Gewand, dessen Schneider eben der Haifisch ist.

Da hat die bundes-deutsche Kanzlerin genau getroffen, worum es bei der imperialen Lebensweise politisch geht: es ist die Klassenherrschaft der marktkonformen Demokratie:

Wir leben ja in einer Demokratie und sind auch froh darüber. Das ist eine parlamentarische Demokratie. Deshalb ist das Budgetrecht ein Kernrecht des Parlaments. Insofern werden wir Wege finden, die parlamentarische Mitbestimmung so zu gestalten, dass sie trotzdem auch marktkonform ist, also dass sich auf den Märkten die entsprechenden Signale ergeben. Ich höre zum Beispiel von unseren Haushaltspolitikern, dass man sich dieser Verantwortung bewusst ist. Aber wir müssen in Europa einen Weg finden, obwohl wir mehrere Länder sind, trotzdem das Richtige zu tun. Dabei müssen die Regierungen und die europäischen Institutionen in Sachen Kommunikation zum Teil hinzulernen, und dabei müssen die Parlamente lernen. Aber ich sehe keinen Grund, warum die Parlamente schlechter als andere sein sollten.

(Merkel, Angela, 2011: Pressestatements von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Ministerpräsidenten der Republik Portugal, Pedro Passos Coelho vom 1. September 2011 in Berlin)³⁴

Literatur

Brangsch, L./ Dellheim, J./ Spangenberg, J./ Wolf, F.O. (2012): Den Krisen entkommen. Sozialökologische Transformation, Berlin.

DIE LINKE. Bundestagsfraktion 2012-2015: Materialien zum Plan B, <http://linksfraktion.de/>

Thie, Hans (2013): Rotes Grün, Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Wirtschaft, Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Hamburg

Eine veränderte Regulierungsweise – untrennbarer Bestandteil einer sozial-ökologischen Transformation

von Klaus Steinitz

Die Art und Weise der Regulierung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung ist entscheidend dafür, ob und inwieweit es gelingt, die Bedingungen für eine zukunftsfähige Gesellschaft zu schaffen, in der die Menschen friedlich zusammenleben und von Hunger und Armut befreit sind. Eine grundlegende Veränderung der im Finanzmarktkapitalismus dominanten Regulierungsweise ist unverzichtbar, um insbesondere den Erfordernissen sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit, der Bewahrung der natürlichen Umwelt, des Erreichens und Sicherens friedlicher und gleichberechtigter internationaler Beziehungen, der Qualität, Innovativität und Effizienz der wirtschaftlichen Entwicklung gerecht zu werden.

Grundlegende Veränderungen in der Regulierungsweise der Wirtschaft und insgesamt der Gesellschaft sind sehr eng verflochten mit anderen Merkmalen einer sozial-ökologischen Transformation der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft in Richtung einer sozialistischen Alternative. So sind Transformationsprozesse wie Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen, Fortschritte in der Demokratisierung der Gesellschaft und speziell der Wirtschaftsdemokratie, freie Entwicklung der Individualität, Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, Herausbildung eines leistungsfähigen und sozial gerechten Steuer- und Abgabensystems einerseits eng mit der Veränderung der wirtschaftlichen Regulierung verbunden.

³⁴ <https://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/09/2011-09-01-merkel-coelho.html>; 30.08.18)

Schwerpunkt: Wirtschaft und Gesellschaft

Andererseits sind diese Prozesse wiederum eine unverzichtbare Bedingung für progressive Transformationsprozesse auf anderen wichtigen Gebieten des sozial-ökologischen Umbaus. In diesem Sinne ist die Änderung der Regulierungsweise sowohl Voraussetzung für eine progressive Transformation auf allen entscheidenden Gebieten des gesellschaftlichen Lebens wie auch ein elementarer Bestandteil einer solchen Transformation.

Nach allen vorliegenden Erfahrungen der wirtschaftlichen Entwicklung in der jahrhundertelangen Geschichte des Kapitalismus und der relativ kurzen historischen Periode des Realsozialismus setzt eine erfolgreiche wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung eine Kombination und enge Verflechtung zwischen einer Steuerung und Regulierung der Wirtschaftsprozesse auf Grundlage der Planung mit einer marktwirtschaftlichen Regulierung als den beiden grundlegenden Regulierungsarten voraus. Eine solche Kombination bedingt, dass die Vorteile der jeweiligen Regulierungsart umfassend genutzt und gleichzeitig ihre Nachteile und negativen Wirkungen so weit wie möglich zurückgedrängt und schließlich im Ergebnis eines langfristigen sozialistischen Transformationsprozesses überwunden werden. Eine solche Kombination von Wirtschaftsplanung und Marktregulierung setzt voraus, dass es im Prozess einer sozialistischen Transformation gelingt, progressive Veränderungen in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, und auf deren Grundlage in den Eigentumsverhältnissen und in den politischen und ökonomischen Machtstrukturen zu erreichen.

Generell gilt für eine allumfassende marktwirtschaftliche Regulierung, dass die Spontaneität und das Profitstreben vorherrschen und dass die Verwirklichung langfristiger Entwicklungsprozesse, wie sie insbesondere der sozial-ökologische Umbau verlangt, nicht nur erschwert, sondern direkt verhindert werden. Im gegenwärtigen Finanzmarktkapitalismus wirken sich die zunehmende Dominanz spekulativer Finanztransaktionen und die Vorherrschaft der transnationalen Konzerne mit ihrem Druck auf höchste Profite auf Kosten der Zukunft und der Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung besonders negativ auf die vordringlichen Prozesse der sozial-ökologischen Transformation aus. Diese negativen Wirkungen werden mit der vorherrschenden neoliberalen Politik noch verstärkt.

Für die Bestimmung der Bereiche, in denen es gilt, die marktwirtschaftliche Regulierung zu überwinden, kann die von Polanyi analysierte Doppelbewegung der

„fiktiven“ Waren Arbeit, Grund und Boden und Geld wichtige Anhaltspunkte geben.¹ Je nach der Stärke sozialer Bewegungen und ihrem Einfluss auf die staatliche Politik wird die kapitalistische Entwicklung durch zwei entgegengesetzte Tendenzen bestimmt: eine Tendenz zur sozialen „Einbettung“ dieser „fiktiven“ Waren und die entgegengesetzte Tendenz ihrer sozialen „Entbettung“, die im gegenwärtigen Finanzmarktkapitalismus dominiert. Die Herausforderung für eine sozialistische Transformation besteht in diesem Zusammenhang darin, die soziale „Einbettung“ oder gesellschaftliche Planung/Regulierung der auf diesen „fiktiven“ Waren beruhenden Beziehungen konsequent durchzusetzen, und damit ihren Warencharakter grundsätzlich aufzuheben, und dies auch auf einige andere Bereiche und Beziehungen auszudehnen. Eine solche notwendige Erweiterung betrifft den Komplex der öffentlichen Güter oder Commons, die für die Daseinsvorsorge und damit für soziale Sicherheit, Gerechtigkeit und die Befriedigung der Grundbedürfnisse aller Bürgerinnen und Bürger entscheidend sind. Sie betrifft auch die natürliche Umwelt im umfassenden Sinn. Für die Verhinderung einer Klimakatastrophe, darunter für die dazu erforderliche Energiewende, ist es unerlässlich, eine langfristige strategische gesellschaftliche Regulierung mit einer ökonomisch wirksamen und sozial gerechten Anwendung von Marktkategorien zu verbinden.



Die kritische Analyse der Entwicklung in den staatssozialistischen Ländern hinsichtlich der Erfahrungen in der Regulierung macht einerseits Vorzüge der gesellschaftlichen Regulierung oder Planung bei der Lösung gesamtwirtschaftlicher Probleme der Industrialisierung, tiefgreifender Strukturveränderungen und bei der Überwindung sozialer Spaltung deutlich. Sie zeigt aber andererseits auch die negativen Wirkungen einer überzogenen zentralen Festlegung von Produktionsaufgaben sowie einer damit verbundenen Missachtung oder Vernachlässigung der marktwirtschaftlichen Potenziale in der Allokation der Ressourcen, für eine hohe Flexibilität in der Reaktion auf neue Prozesse der wissenschaftlich-technischen Entwicklung, in der Preisbildung und bei der Stimulierung von Arbeitsleistung und

1 Polanyi, Karl (1978), *The Great Transformation*, Frankfurt a.M., S. 106-112

Innovativität. Diese negativen Wirkungen sind auch eine Folge der mit überzentralisierter zentraler Planung einhergehenden administrativ bürokratischen Regelungen in Verbindung mit der Missachtung der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Unternehmen.

Im Vordergrund einer gesamtgesellschaftlichen Regulierung und Planung steht die Bestimmung der Aufkommens-, Verteilungs- und Verwendungsproportionen der Wirtschaftsleistung (Wertschöpfung) der Volkswirtschaft einschließlich ihrer Außenwirtschaftsbeziehungen, die für einen langfristig stabilen und effektiven Verlauf der gesellschaftlichen Reproduktion entscheidend sind.

Eine zentrale staatliche Regulierung der Entwicklung volkswirtschaftlicher Aufkommensproportionen sollte vor allem die Entwicklungsproportionen und Beziehungen zwischen dem produzierenden und dem Dienstleistungsbereich und innerhalb dieser beiden Bereiche umfassen. Im produzierenden Bereich betrifft dies in erster Linie die Entwicklungsproportionen der Produktion zwischen Industrie, Bauwesen, Landwirtschaft, Verkehr, Kommunikation und Handel. Gegenstand einer zentralen Regulierung müssten ebenfalls Aufgaben einer strategischen Strukturpolitik und die Beziehungen zwischen Eigenaufkommen und Aufkommen durch Import sowie zwischen Gesamtaufkommen und Export sein. Im Dienstleistungsbereich sollte die zentrale staatliche Regulierung vor allem die Entwicklung der Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, der Bildung, Gesundheit, Betreuung von Kindern in Kitas, Pflege und Betreuung älterer Menschen und Menschen mit Behinderungen einschließlich der dazu erforderlichen Infrastruktur umfassen. Unter den Bedingungen der vierten industriellen Revolution erhalten die Prozesse der Digitalisierung und der Kommunikation, sowie deren Voraussetzungen zunehmende Bedeutung. Eine bestimmende und weiter wachsende Rolle spielt die planmäßige Gestaltung der Beziehungen zwischen der Wertschöpfung und den dazu erforderlichen natürlichen Ressourcen mit der Zielstellung, den Verbrauch natürlicher Ressourcen nicht nur relativ, sondern auch absolut zu senken, als eine notwendige Bedingung der sozial-ökologischen Transformation.

Die gesellschaftliche Regulierung der gesamtwirtschaftlichen Verteilungs- und Verwendungsproportionen ist für die Entwicklung und Vervollkommnung der gesellschaftlichen Reproduktion und den sozial-ökologischen Umbau entscheidend. Bei der Konsumtion geht es vor allem um die Beziehungen zwischen individueller und gesellschaftlicher Konsumtion sowie um die Verteilung der für die Konsumtion bestimmten Einkommen auf Arbeitseinkommen und Sozialeinkommen als deren Finanzierungsbasis. Beim Komplex Investitio-

nen/Akkumulation stehen die Beziehungen zwischen Ersatz- und Nettoinvestitionen, zwischen Investitionen für die produzierenden Bereiche und die Bereiche der Dienstleistungen und öffentlichen Daseinsvorsorge, für die Infrastruktur sowie die Größe der Reservefonds im Vordergrund. Ein wichtiges Instrument für die Durchführung des sozial-ökologischen Umbaus ist die Ausarbeitung und zielgerichtete Umsetzung langfristiger Investitionsprogramme.

Eine wichtige Funktion für die gesellschaftliche Regulierung der genannten Aufkommens-, Verteilungs- und Verwendungsproportionen kommt den Geld- und Finanzbeziehungen und den Institutionen zu deren Regulierung zu. Über das Geld werden die quantitativen Größen der verschiedenen ökonomischen Kategorien und die darauf beruhenden Zusammenhänge in Preisen ausgedrückt und dadurch vergleichbar gemacht. So können mit Hilfe des Geldes und seiner Funktionen wie der finanziellen Beziehungen die Übereinstimmung zwischen dem Angebot an Gütern und Dienstleistungen und der Nachfrage danach erfasst und analysiert sowie bei Disproportionen entsprechende Korrekturmaßnahmen eingeleitet werden.

Da es sich bei der Planung und der Marktregulierung um grundsätzlich unterschiedliche Regulierungs- und Steuerungsarten mit spezifischen, zugleich komplexen und widersprüchlichen Wirkungen handelt, ist die Realisierung der Herausforderung, eine stabile und effiziente Regulierung als Bestandteil der sozial-ökologischen Transformation zu erreichen, an weitere Voraussetzungen gebunden. So ist es notwendig, ein Gesamtkonzept auszuarbeiten, das die jeweils vorrangigen Anwendungs- und Wirkungsbereiche der beiden Regulierungsarten, deren Beziehungen zueinander und ihr Zusammenwirken enthält. Dafür könnten wichtige Erkenntnisse aus einer gründlichen Analyse und Auswertung der Erfahrungen der staatlichen Regulierung auf der Grundlage unterschiedlicher Konzepte, insbesondere des sowjetischen Modells einer zentralistischen Planwirtschaft, des jugoslawischen Modells der Selbstverwaltung und des in China angewandten Entwicklungsmodells gewonnen werden.

Dies wird jedoch nicht ausreichen. Es ist wichtig, die praktischen Erfahrungen, die bei einer zukünftigen Transformation hinsichtlich der konkreten Umsetzung und Verbindung der beiden Regulierungsarten gewonnen werden, stets gründlich zu analysieren und auszuwerten. So kann dazu beigetragen werden, Fehlentwicklungen und Defizite möglichst frühzeitig aufzudecken und notwendige Konsequenzen für erforderliche Veränderungen, darunter auch Korrekturen im Regulierungsmechanismus zu ziehen. Dabei werden voraussichtlich öfter Konflikte entstehen, die

sich aus unterschiedlichen Interessen und Erfahrungen sowie auch aus verschiedenen Sichtweisen auf die zweckmäßigsten Wege zur Problemlösung ergeben. Die Konflikte können grundsätzlich nicht durch administrative und autoritäre Entscheidungen gelöst werden, sondern erfordern die offene Erörterung der damit verbundenen Probleme, um mehrheitsfähige Entscheidungen demokratisch treffen zu können. Wie schwierig das sein wird, zeigen die widersprüchlichen Erfahrungen der europäischen staatssozialistischen Länder in den Zeiten der Wirtschaftsreformen in den 1960er und 1970er Jahren, die überwiegend mit einem Scheitern der vorgesehenen Reformen endeten.

Für die Bestimmung der Anforderungen an die Regulierung in einer sozial-ökologischen Transformation gewinnen die internationalen/globalen Probleme zunehmend an Gewicht. Sie werden gegenwärtig von den tiefen Krisenprozessen des Finanzmarktkapitalismus und den Anforderungen zu deren Eindäm-

mung und Zurückdrängung bestimmt. Zu diesen Krisenprozessen gehören insbesondere die Ausweitung, zunehmende Dominanz und Deregulierung der internationalen Finanzmärkte und darauf beruhender Finanzspekulationen, die weitere Festigung der Vorherrschaft der transnationalen Konzerne und die Gestaltung der internationalen Wertschöpfungsketten entsprechend ihrer Profitinteressen, die Verschärfung der globalen wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheit, die weitere Zuspitzung der globalen Umwelt- und Klimakrise, die Zunahme globaler Handelskriege, weltweite Flüchtlingsströme. Ohne Konsequenzen für eine stärkere, die gegenseitigen Interessen berücksichtigende internationale Zusammenarbeit und eine darauf beruhende Regulierung der zwischenstaatlichen Beziehungen wird es keine Fortschritte zur Lösung dieser Probleme geben. Notwendig sind auch weitgehende Änderungen in der Struktur und Arbeitsweise, vor allem die Demokratisierung solcher internationaler Institutionen wie Weltbank, Internationaler Währungsfonds, Welthandelsorganisation. Dazu gehört auch eine humanistische, solidarische und zugleich realistische Einwanderungspolitik zur Lösung der Flüchtlingsprobleme, die wirksame gesellschaftliche Integration von Geflüchteten einschließt.

Für die Gestaltung der Regulierung in einer sozial-ökologischen Transformation ist es unerlässlich, solche für die

Gegenwart und die Zukunft entscheidenden Tendenzen zu berücksichtigen, die ihren Inhalt und Umfang sowie die an sie zu stellenden qualitativen Anforderungen bestimmen. Zu diesen Tendenzen gehören insbesondere die Digitalisierung und ihre Wirkungen auf Inhalt, Umfang und Qualität der Arbeit, auf neue, die Menschen fördernde Kommunikation, auf die Einschränkung der Macht der großen digitalen Technologiekonzerne, die zunehmende Rolle der Commons für die Gestaltung der Lebensweise, der zunehmende Druck auf eine radikale und umfassende Energiewende.

Die Frage, welcher Regulierungsart in einer sozial-ökologischen Transformation das Primat zukommt, lässt sich

kaum allgemeingültig beantworten. Die Antwort hängt vor allem von zwei Faktoren ab: erstens in welcher Etappe einer solchen Transformation sich die Gesellschaft befindet und zweitens um welche Art von Prozessen es geht. In den

Anfangsphasen eines solchen Transformationsprozesses, in denen wir uns gegenwärtig befinden, wird es vorrangig darum gehen, die spontanen, vom Streben nach höchsten Profiten und von spekulativen Finanzoperationen dominierten Regulierungen zurückzudrängen und die gesellschaftliche Regulierung unter vorrangiger Berücksichtigung sozialer und umweltpolitischer Erfordernisse entscheidend zu erweitern und zu stärken. Bei Fortschritten einer sozial-ökologischen Transformation wird es zunehmend um den Inhalt der zu regulierenden Prozesse gehen. Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass in der Produktion und Verteilung von Waren – Gütern und Dienstleistungen, die nicht zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehören –, die Marktvermittlung auf Grundlage dezentraler Entscheidungen der Unternehmen über ihr Produktionsprofil und die Anwendung von Innovationen die dominierende Allokationsform sein wird. In einer auf dem Weg der Transformation schon fortgeschrittenen Gesellschaft sollte die Regulierung gesamtwirtschaftlicher Prozesse der ökonomischen Entwicklung, also die Regulierung der strategischen Strukturpolitik, der Entwicklung der Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, des sozial-ökologischen Umbaus sowie der Geld- und Finanzbeziehungen auf dem Primat einer gesellschaftlichen Regulierung/Planung beruhen.

Öko-Bibliothek zu verschenken!

Im Laufe meiner Tätigkeit in der Ökologischen Plattform und der Rezension zahlreicher Bücher hat sich bei mir ein Bestand von weit über 100 Büchern angesammelt, die technische, technologische, agrarische, baufachliche, klimapolitische und andere Themen zum Inhalt haben.

Aus Platzmangel und weil ich sie gerne an jüngere Mitstreiter abgeben will, kann diese Bibliothek bei mir abgeholt werden. Interessenten mögen sich bitte bei mir melden: prof.goetz.brandt@t-online.de

Zeit zum Handeln: Der Fußverkehr benötigt eine strategische Förderung von Fuss e.V.

Der Fachverband Fußverkehr Deutschland Fuss e.V. hat mit Unterstützung des Bundesumweltministeriums und Umweltbundesamtes einen Handlungsleitfaden „Schritte zur Einführung einer kommunalen Fußverkehrsstrategie“ erarbeitet und an alle Städte in Deutschland ab 20.000 Einwohnern verschickt. Darin werden Verwaltungen und Politik aufgefordert, Schwerpunkte zu setzen und Synergieeffekte mit anderen Themenstellungen zu nutzen. Der Bund und die Länder sind dagegen aufgerufen, die Rahmenbedingungen für die städtischen Aktivitäten durch eine Moderation der „Mobilitätswende“ und eine Förderstrategie zu unterstützen, die dem Wunsch nach einer kleinteiligen und menschengerechteren Gestaltung der öffentlichen Räume nachkommt. Für die notwendigen Schritte auf verschiedenen Handlungsebenen bietet der Verband damit Tipps und konkrete Handlungsanleitungen für Fachleute, aber auch für interessierte Bürgerinnen und Bürger.

Der Fußverkehr ist die Basis städtischen Lebens. Ein erhöhtes Fußverkehrsaufkommen und der vermehrte Aufenthalt im öffentlichen Raum verursachen der Kommune keine Probleme, sondern können als ein wesentlicher Lösungsansatz für die vielfältigen Herausforderungen von jeder Stadt genutzt werden, - in der man gerne lebt, - in der man sich gerne gesellschaftlich einbringt und - die man gerne besucht. Es ist also längst an der Zeit, für die Förderung der nachhaltigsten aller Mobilitätsformen ein eigenständiges kommunales Programm zu entwickeln und schrittweise umzusetzen.

Fuss e.V. hat in dem breit angelegten Projekt die Wünsche zahlreicher Interessengruppen sowie der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich einer Fußverkehrsförderung ermittelt. Der Verband führte in den Jahren 2016 bis 2018 zahlreiche Befragungen von Fußgängerinnen und Fußgängern verschiedener Alters- und Zielgruppen durch. Außerdem wurden Verbändevertreterinnen und -vertreter interviewt und es gab intensive Diskussionen im hochrangig besetzten Projekt-Fachbeirat. Darüber hinaus fanden zwölf kommunale Workshops und Fußverkehrs-Checks in fünf Modell- und weiteren Kontaktstädten statt, die einen bundesweiten Überblick zur Fragestellung ermöglichten. Insgesamt waren etwa 700 Fachleute und Laien beteiligt herauszufinden, wie eine strategische Förderung des Zufußgehens aussehen sollte und was in einem Handlungsleitfaden für die Kommunen zumindest als Thema benannt werden müsste.

Die Städte stehen *„in der Pflicht, weitere Anstrengungen zu unternehmen, um die Emissionen von Lärm, Luftschadstoffen und klimaschädlichen Gasen sowie die hohe Flächeninanspruchnahme deutlich zu reduzieren.“*

So steht es im Positionspapier vom Juni 2018 „Nachhaltige städtische Mobilität für alle – Agenda für eine Verkehrswende aus kommunaler Sicht“ des Deutschen Städtetages, des größten kommunalen Spitzenverbandes in Deutschland, in dem sich 3.400 Städte und Gemeinden mit fast 52 Millionen Einwohnern zusammengeschlossen haben. Die Städte müssen nicht nur die Herausforderungen aufgrund des Diesel-Skandals lösen, sie müssen die Verkehrswege barrierefrei umgestalten, haben das Ziel einer 40-prozentigen Reduzierung der Verkehrstoten von 2011 bis 2020 vor Augen, sind für die Sicherheit der Schulwege verantwortlich und müssen die demografische Entwicklung beachten. Sie möchten die Gesundheit der Bewohnerinnen und Bewohner sichern, den Grünanteil in der Stadt erhöhen, die lokale Wirtschaft stärken und nicht zuletzt eine für alle Menschen attraktive Stadt darstellen. Und dies alles, während der Beitrag des Verkehrssektors zum Erreichen der klimapolitischen Ziele bis 2030 und 2050 aufgrund des hohen fossilen Motorisierungsgrades derzeit negativ zu Buche schlägt.

Es wird immer deutlicher, ohne eine tiefer greifende Mobilitätswende ist dies alles nicht zu bewerkstelligen. Die Städte beklagen in dieser Fragestellung einen Mangel an Unterstützung und fordern von der Bundesregierung eine aktive „Steuerung und Moderation des erforderlichen gesamtgesellschaftlichen Dialogs zur nachhaltigen Mobilität.“ (Deutscher Städtetag). Da nach einer Umfrage über 80 Prozent der deutschen Bevölkerung eine Verkehrspolitik befürworten, die zu weniger Autoverkehr in unseren Städten führt, sollte es eine große Bereitschaft zur Aufnahme von weiteren konkreten Maßnahmen in diese Richtung geben. (Umweltbundesamt UBA: Studie Umweltbewusstsein, 2015)

In der öffentlichen Diskussion und auch in der Kommunalpolitik ist angekommen, dass die öffentlichen Verkehrsmittel flexibler und attraktiver und der Anteil des Radverkehrs gesteigert werden müssen. Dabei wird der Beitrag des Fußverkehrs für eine lebenswerte Stadt häufig nicht wahrgenommen. Eine Verlagerung vom Gehen zum Radfahren kann zwar für die einzelnen Verkehrsteilnehmer eine Erhöhung des Aktionsradius darstellen, löst aber die erwähnten Probleme nicht.

Und wenn Menschen statt der Fußwege vermehrt öffentliche Verkehrsmittel nutzen, ist es ihrer Gesundheit eher abträglich. Mobilitätswende bedeutet deshalb eine schrittweise Überwindung der autogerechten Stadt hin zu einer nachhaltigen Nahmobilität. Sie ist ohne eine systematische Förderung gerade des Fußverkehrs undenkbar.

Das Sein bestimmt das Bewusstsein von Friedhelm Knipping-Petri

Den vielen Kapitalismusexit- und Transformationsstrategien möchte ich nicht noch eine weitere zugesellen, sie lediglich um einige, wenn auch nicht unwichtige Sachverhalte bzw. Forderungen ergänzen.

Vorab eine stichwortartige Ergänzung der inzwischen wohl konsensfähigen Forderungen um solche, die ich bislang doch sehr vermisst habe. Als z.B. da wären: die Einrichtung einer Umweltjustiz und -polizei, eine ökologische Vorschulerziehung, ein Hauptfach Ökologie an allen Schultypen, eine interdisziplinäre ökologische Fakultät an Universitäten, die Einführung eines ökologischen Zertifikates für Volksvertreter*innen auf allen politischen Ebenen, wissenschaftliche Beiräte zumindest auf Landes- und Bundesebene mit Veto-recht, eine landschaftspflegerische Zusatzausbildung für Land- und Forstwirt*innen mit Anspruch auf ein Grundeinkommen, die Wiedereinführung eines Bundesamtes für Naturschutz und Landschaftsökologie sowie eine entsprechende Kompetenzerweiterung der Landesumweltministerien und der UNB¹, eine Aufnahme von Naturrechten im Grundgesetz.

Besonders gravierend empfinde ich jedoch das Fehlen einer Forderung in den bisherigen Exitstrategiekatalogen nach einer grundlegenden Umwälzung der heute völlig unökologisch im Raum agierenden verwaltungs-politischen Organisationsstrukturen. Offensichtlich ist dies dem Umstand geschuldet, dass den Autor*innen diese Problematik nicht bewusst oder doch zumindest vernachlässigbar erschienen ist.

Zurückzuführen ist diese für mich schwer nachzuvollziehende Ausblendung einer solch grundlegenden Voraussetzung für das nachhaltige Gelingen der Überwindung des kapitalistischen Ökozidiums auf eine mangelnde geowissenschaftliche und ökologische Sachkenntnis linker Systemkritiker*innen und/oder auf eine Green New Dealgläubigkeit systemunkritischer Wissenschaftler*innen.

Gemeint ist die Aufhebung bestehender räumlicher Verwaltungsstrukturen, die in ihrer Ausdehnung und

Broschüre im Online-Shop: https://www.umkehrfuss-online-shop.de/view/productdetails/virtuemart_product_id/104/virtuemart_category_id/18.html
Download:

<http://www.fussverkehrsstrategie.de/hlf.html>

ihrem Grenzverlauf lediglich auf politischer Entscheidung beruhen. Dies hat in der Folge zu einer hegemonial pervertierten Umweltideologie geführt, ohne deren Aufhebung es niemals zu einem unabdingbar notwendigen landschaftsökologischen Verständnis kommen dürfte.

Um den Widerstreit zwischen Mensch und Natur (Marx) schon auf hierarchisch niedriger Verwaltungsebene wie Kommune, Kreis und Bezirk aufzuheben, bedarf es deren harmonischer Einfügung in die naturräumlichen Gegebenheiten. D.h. deren räumliche Ausdehnung muss zumindest in ihrem Grenzverlauf annähernd deckungsgleich den topologischen Einheiten sein.

Die dialektische Perspektive im sozialökologischen Transformationsprozess zu dem von der Heinz-Sielmann-Stiftung initiierten Projekt „Jeder Gemeinde ihr Biotop“ muss daher „Jedem Geoökotop seine Kommune“ lauten!

Von geowissenschaftlichem Verständnis drängt sich hierzu als Leitsystem für Deutschland das, wenn auch leider nicht aktualisierte, aber immer noch exzellente Handbuch der naturräumlichen Gliederung auf, herausgegeben von der Bundesanstalt für Landeskunde (1953-1962). In Anlehnung an das naturschutzrechtliche EU-Verfahren Natura 2000 sollten die zu einem Ökotopgefüge aggregierten landschaftsökologischen Grundeinheiten die Raummatrix für die jeweilige Verwaltungseinheit bilden.

Eine verwaltungspolitische Einheit, die kongruent zum landschaftsökologischen Topengefüge agiert, entwickelt zwangsläufig ein gänzlich anderes Raumverhältnis und Naturverständnis über den ihr anvertrauten Geoökotopen als eine solche, die sich aufgrund historischer Zufallsentscheidung ökologisch ignorant und verantwortungslos in einem Naturraumfragment ausbreitet und diese lediglich als Katastergröße betrachtet und benutzt.

1 UNB: Untere Naturschutzbehörde

Dagegen erwächst in einem harmonisch sich in den geosphärischen Naturhaushalt einfügenden Verwaltungskörper ein nachhaltiges, weil verantwortungsbewusstes Gemeinschaftsgefühl mit „seinem“ Geoökotopen, der ihm von nachfolgenden Generationen anvertraut ist. Das wäre Lebensraumplanung auf ökologischer Grundlage, ein Dazugehören statt Widerstreit!

Schulen, Volkshochschulen, Hochschulen, Verwaltungs- und Ratsmitglieder sowie kommunale Freiwilligendienste würden hierzu durch landschaftspflegerische Maßnahmen einen wesentlichen Beitrag leisten, der erfahrbares Verständnis für das Stoffwechselgeschehen zwischen Mensch und Natur mit sich bringt. Eine in der Tat höchst effizient angewandte Landschaftsökologie mit dem Ziel ökosystemerhaltender Nutzung des biotischen und abiotischen Wirkungsfüges des anvertrauten Naturraumpotentials!

Wir müssen wieder verstehen lernen, dass die verkopfte „Umwelt“ in Wahrheit eine hochempfindliche, gleichwertige Mit- und Innenwelt ist, in der wir nur einige Agierende unter zahllos anderen für uns überlebensnotwendigen sind.

In einer solidarischen, herrschaftsfreien Weltgemeinschaft muss die jeweilige verwaltungspolitische Dimension dem geographischen Kontinuum der geozonalen Ökosysteme folgend letztendlich planetarisch organisiert sein, wenn der bereits begonnenen Vielfachkatastrophe noch halbwegs erfolgreich Einhalt geboten werden soll.

Aus dem profitgierigen destruktiven Krieg gegen den Planeten muss ein solidarischer Kampf um die Erhaltung unserer planetarische Heimat werden und dazu können und müssen landschaftsökologisch orientierte und nur dem Gemeinwohl verpflichtete politische Raumeinheiten einen erheblichen Beitrag leisten.

Hype oder Kairos? – Thesen zum Höhenflug der Grünen

**(Ausschnitte aus einem Artikel von G. Eisenberg¹,
zusammengestellt von H. Schulze)**

„Es genügt nicht, dass der Gedanke zur Verwirklichung drängt, die Wirklichkeit muss sich selbst zum Gedanken drängen“, heißt es beim frühen Marx. Dieses Zitat aus der Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie fiel mir ein, als ich über den rätselhaften Höhenflug nachdachte, den die Partei Die Grünen derzeit erlebt. Die meisten Kommentatoren neigen dazu, ihn für einen Hype zu halten, ein typisches Phänomen des Medien- und Internetzeitalters. (...) Einiges spricht dafür, dass der Höhenflug der Grünen mehr ist als das. Er wird von objektiven Tendenzen gespeist, die sich hinter dem Rücken der Akteure durchsetzen und ihnen selbst nicht einmal bewusst sein müssen. (...)

Was ist ein Kairos?

Es gibt Ideen und politische Projekte, die existieren lange, ohne nennenswerte Beachtung zu finden. Sie dümpeln im Abseits vor sich hin und vermögen nur eine kleine Anhängerschaft zu mobilisieren, der mitunter etwas Sektenartiges anhaftet. Ideen und Projekte benötigen einen geschichtlichen Atem, brauchen den Wind einer historischen Tendenz im Rücken. Wenn die Wirklichkeit sich endlich zum lang gehegten Gedanken drängt, kommt es plötzlich zu einer Verbindung von aus den Subjekten kommenden Kräften mit den objektiven Verhältnissen. So etwas nannte man im alten Griechenland Kairos. (...) Erleben

die Grünen und ihre Sympathisant*innen gegenwärtig einen solchen Kairos? Und wenn ja, warum gerade heute?

Es scheint in Bezug auf die mediale Abstumpfung einen Punkt zu geben, an dem die Verdrängung nicht mehr funktioniert. (...) Die drohenden Fahrverbote, der trotz anderslautenden Klimaschutz-Beteuerungen stetig steigende Ausstoß von Treibhausgasen und die damit verbundenen Gesundheitsrisiken, der bevorstehende Kollaps des Individualverkehrs in den Städten und der Pendler-Wahnsinn, der über alle Maßen heiße Sommer, die damit einhergehende Wasserknappheit, die Bilder von nach Sauerstoff japsenden und toten Fischen, die in immer rascherer Folge sich ereignenden Stürme und Überschwemmungen, die riesigen Waldbrände bis hinauf in den hohen Norden Europas haben die ökologische Krise für viele Menschen endlich aus der Abstraktion gerissen und der Wahrnehmung zugänglich gemacht. Nachrichten über das Sterben der Bienen und Insekten, den Schwund von Vogelarten tun ein Übriges. Wer sich einen Rest von kritischem Urteilsvermögen und Sensibilität bewahrt hat, spürt, dass es so nicht weitergehen kann und dass wir auf eine Katastrophe zusteuern.

Seit der Club of Rome 1972 seinen Bericht über „Die Grenzen des Wachstums“ vorgelegt hat, könnten wir um die Gefährdung des Planeten und die Endlichkeit

¹ <https://www.nachdenkseiten.de/?p=46900>

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors und der NachDenkSeiten.de

seiner Ressourcen wissen. Die Mahner*innen blieben umgeben vom Odium der Schwarzmalerei und des apokalyptischen Spinnertums. (...) Die traditionelle Linke hielt die räuberische und zerstörerische Beziehung des Kapitals zur Natur bestenfalls für einen „Nebenwiderspruch“, der vom „Grundwiderspruch“ zwischen Lohnarbeit und Kapital ablenkte. Man wollte ja am Typus der Industrialisierung gar nichts ändern, sondern diese lediglich einer neuen Kommandostruktur unterstellen. Die Natur galt auch den Sozialist*innen/Kommunist*innen als etwas, das umsonst da war und unbegrenzt Rohstoffe lieferte für menschliche Aneignungsprozesse.

Der Abschied vom Proletariat und die Krise der Linken

Mit dem Niedergang des Fordismus und ganzer Industriezweige begann sich die Industriearbeiterschaft aufzulösen. Für die Linke bedeutete das, „Abschied vom Proletariat“ nehmen zu müssen, wie André Gorz 1980 eines seiner Bücher betitelte. Der Linken kam ihr designiertes revolutionäres Subjekt abhanden, dessen Position seither vakant ist. Wenig später machte der Untergang der sozialistischen Staaten die Linke vollends heimat- und orientierungslos. (...) Trotz Arbeitslosigkeit, grassierender Armut und Wohnungsnot hat die verbliebene sozialistische Linke bis heute keine adäquate Antwort auf die sozialen Fragen und ökologischen Herausforderungen der Gegenwart gefunden. Sie kann deswegen von der unübersehbaren Krise der hegemonialen neoliberalen Formation und den Auflösungsprozessen der großen Parteien nicht profitieren. Die Linke tut sich schwer, die zahlreichen Bruchlinien der sozialen Integration und die sich entlang dieser Bruchlinien bildenden neuen sozialen Bewegungen strategisch zu codieren und zu einem halbwegs einheitlichen Willensstrahl zu bündeln. (...) Die klassische linke Zentralperspektive, die alles aus dem Blickwinkel des Proletariats betrachtete und beurteilte, ist weggebrochen und auch nicht wiederherzustellen. Wir dürfen uns eine zukünftige Linke nicht mehr als parteiförmigen homogenen Block vorstellen, sondern eher als ein „Patchwork der Minderheiten“, wie ein Buch von Jean-Francois Lyotard betitelt ist, das Ende der 1970er Jahre im Berliner Merve-Verlag erschienen ist. Ob es der von Saha Wagenknecht initiierten Bewegung Aufstehen gelingt, die zerstreuten Widerstandspotenziale aufzugreifen und zu bündeln, wird sich in den nächsten Monaten und Jahren zeigen. Sie verkörpert immerhin einen Hoffnungsschimmer am trüben linken Himmel. (...) Dabei hätte eine linke Sammlungsbewegung, wenn sie unter den heutigen Bedingungen Erfolg haben will, die Quadratur des Kreises hinzube-

kommen und die soziale Frage mit der ökologischen zu verknüpfen. Bislang verhielten sich beide nach dem Prinzip des Wetterhäuschens: Entweder „Frau Ökologie“ war draußen und „Herr Klassenkampf“ war drinnen, oder „Herr Klassenkampf“ war draußen und „Frau Ökologie“ war drinnen.

Um beide zu vereinen, muss die Linke ihre bis heute mitgeschleppte Fixierung an ein produktivistisches Fortschrittsmodell überwinden und es wagen, die Revolution als Bruch mit einem Fortschrittsbegriff zu konzipieren, dessen ruinöser und destruktiver Charakter immer deutlicher zu Tage tritt. Es sind nicht nur die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die verändert werden müssen, es ist der Industrialismus, der uns gefangen hält. Die Produktivkräfte selbst sind zu Destruktivkräften geworden. 200 Jahre industrieller Kapitalismus und Sozialismus mit ihrem Raubbauverhältnis zur inneren und äußeren Natur haben ausgereicht, den Globus sturmreif zu schießen und die Welt an den Rand des Abgrunds zu bringen.

„Stück für Stück die Welt retten“

Aber nun zurück zur Frage nach den Ursachen des grünen Höhenflugs. Unlängst bekam ich eine Tafel Bio-Schokolade geschenkt. Auf deren Verpackung stand: „Stück für Stück die Welt retten.“ Schluss mit dem schlechten Gewissen wegen der zweifelhaften Herkunft der verwendeten Zutaten. Diese Schokolade stammt aus biologischem Anbau und wird fair gehandelt. (...) Das ins Politische gewendete Versprechen dieser Schokolade sind die Grünen. Sie transportieren das Versprechen eines grünen Kapitalismus, der Wachstum und Nachhaltigkeit miteinander versöhnt. Wir können die Welt retten, ohne die Eigentumsverhältnisse anzurühren. Der Kapitalismus soll lediglich von seinen krassesten Auswüchsen befreit werden und sich in ein Wirtschaftssystem verwandeln, das privates Profitstreben mit ökologischer Nachhaltigkeit versöhnt. Die Grünen und vor allem ihre Wähler*innen verfahren nach dem alten Motto: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!

Der Kapitalismus ist in seiner ungezügelten und rastlosen Jagd nach Profit im Begriff, einige der Äste abzusägen, auf denen er selber sitzt. Der drohende ökologische Kollaps würde nicht nur die menschlichen Lebensgrundlagen zerstören, sondern auch die Reproduktion des Kapitals gefährden. (...) Ich kannte mal einen Krebskranken, der redete mit „seinem Krebs“ und versuchte ihm klarzumachen, dass er in seinem Wachstum gewisse Grenzen nicht überschreiten dürfe, weil er andernfalls mit ihm stürbe. Das könne ja nicht in seinem Interesse liegen. Er hat nicht auf ihn gehört. Der Krebs meines Bekannten verhielt sich dieser

Belehrung gegenüber genauso indolent, wie das Kapital bislang gegenüber jeder noch so gut gemeinten Wachstumskritik.



Beide können offenbar nicht anders als ständig zu wachsen. Sie gehorchen in ihrem Wachstum einer amokartigen Logik und reißen in ihren Untergang alles mit. Das Motto lautet: Nach uns die Sintflut! Das nehmen inzwischen auch die klügeren Repräsentant*innen der herrschenden Klasse wahr und beginnen, sich nach neuen Bündnispartner*innen umzuschauen, die den fälligen ökologischen Wandel einleiten und durchsetzen können. (...) Gesucht werden politisch-gesellschaftliche Kräfte, die einer neuer Stufe der kapitalistischen Entwicklung zur Durchsetzung verhelfen, ohne die Eigentumsverhältnisse in Frage zu stellen. Die Grünen präsentieren sich als eine politische Kraft, die den Abschied von den fossilen Energieträgern und den Übergang zu erneuerbaren Energien und den fälligen Umbau der Gesellschaft zu organisieren vermag, ohne an deren Grundfesten zu rühren. Die Verheerungen, die der losgelassene Markt und das Kapitalprinzip angerichtet haben, sollen innerhalb der Logik des Kapitals und mit marktformigen Mitteln behoben werden.

Grüne Modernisierungsgehilfen

An dieser Stelle verhält sich das Kapital listig und undogmatisch. Auch die kapitalistische Geschichte verläuft in dialektischen Sprüngen, und die Kräfte der Negation verkörpern oft, ohne es zu ahnen oder gar zu wissen, die nächst höhere Stufe der kapitalistischen Entwicklung und verhelfen dieser gegen zunächst massiven Widerstand zur Durchsetzung. Auf die Grünen bezogen könnte man es hegelianisch so ausdrücken: Der kapitalistische Profitgedanke bedient sich dieser einstigen Alternativbewegung, um einen drohenden Kollaps abzuwenden und eine fortgeschrit-

tenere Stufe zu erklimmen. Die Grünen sollen bei der fälligen kapitalistischen Krebsstherapie das Skalpell führen und den Arzt am Krankenbett geben. Damit dieser dialektische Trick gelingen kann, war und ist es wichtig, die „rote Linke“ und die „grüne Linke“ zu spalten und den grünen Teil ins neoliberale Lager hinüberzuziehen. Das ist in den letzten Jahren unter tätiger Mithilfe der Grünen selbst weitgehend gelungen. Sie sind zu einer im Kern bürgerlichen Partei geworden. (...) Den Grünen wachsen gegenwärtig auch aus anderen Gründen neue Wählerinnen und Wähler zu. Viele Mittelschichtseltern haben in den letzten Jahren Kinder bekommen. Die Geburtenrate steigt auch in diesen Schichten seit Jahren an. Ein Kind ist ja nicht nur die Komplettierung eines bestimmten Lebensstils, sondern auch ein Kompliment an die Welt.

Dieser wird zugetraut, dass sie dem Kind für rund 80 Jahre eine bewohnbare Heimstatt bietet. Die Eltern, die in letzter Zeit so kühn waren, ein Kind in die Welt zu setzen, müssen nun allabendlich aus den Nachrichten erfahren, in welchem Zustand sich diese befindet und dass die Zukunft des Planeten und so auch ihrer Kinder alles andere als rosig ist. In dieser Lage erscheinen vielen jungen Eltern die Grünen als letzte Rettung und Hoffnungsträger.

Eine neue hegemoniale Formation?

(...) Die Grünen antizipieren den Kapitalismus von morgen und haben den Wind einer mächtigen objektiven Tendenz im Rücken. (...) Der Zeitgeist ist grün. Rund um die Grünen könnte sich in der nächsten Zeit eine neue hegemoniale Formation herausbilden, die den Kapitalismus modernisiert und ihn vor sich selber schützt. In welcher parteiförmigen Konstellation das geschehen wird, wird sich noch zeigen. Die Grünen schrecken vor nichts zurück und sind allseits anschlussfähig. In Bayern hätten sie sich sogar mit der CSU eingelassen. (...)

Wir leben in einem „Interregnum“: Eine bestimmte gesellschaftliche Formation geht aus den Fugen, ohne dass eine neue bereits Gestalt angenommen hat. In der Zwischenzeit ist alles in der Schwebe. Eine solche Situation bietet große Chancen, steckt aber auch voller Gefahren. Bei Antonio Gramsci heißt es: „Das Alte stirbt und das Neue ist noch nicht geboren. Es ist die Zeit der Monster“. Sie stehen auch heute wieder in den Kulissen bereit und warten auf ihren Auftritt. Noch haben wir es in der Hand, ihn zu verhindern und ein anderes Stück aufzuführen. (...)

Hier ist der ganze Artikel abrufbar:

<https://www.nachdenkenseiten.de/?p=46900>

Kommen jetzt Windräder wohin man schaut?

von Peter Engert

Am 28. Mai tagte in Seelow die Regionalversammlung der Planungsregion Oderland Spree, zu der die Landkreise LOS und MOL sowie die Stadt Frankfurt gehören. Es wurde der sachliche Teilregionalplan Windenergie (im folgenden „Windplan“ genannt) beschlossen, in dem 33 neue Windeignungsgebiete ausgewiesen werden. Ich gehöre zu den Regionalräten, die diesem Beschluss zugestimmt haben. Meine Beweggründe dazu möchte ich hier darstellen.

Angesichts des bereits eingetretenen Klimawandels muss unbedingt gegengesteuert werden. Die Erhöhung der Durchschnittstemperatur ist eindeutig von Menschen gemacht, die Freisetzung von CO₂ gilt als wichtigste Ursache. Zwar hat die Klimakonferenz von Paris beschlossen, den Temperaturanstieg auf unter 2 Grad, möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen. Das kann jedoch nur gelingen, wenn die Verbrennung fossilen Kohlenstoffs in Form von Kohle, Erdöl und Erdgas ein Ende findet. Bei der Umstellung von fossilen Energieträgern auf erneuerbare ist die Windenergie eine wichtige Säule. Windräder verbrauchen außer zu ihrer Herstellung keine Rohstoffe und sie setzen keine Schadstoffe frei. Da sie aber auch Nachteile haben (z. B. Beeinträchtigung des Landschaftsbildes, Geräuschemissionen, Schlagschatten, Zusammenstöße mit Vögeln und Fledermäusen) muss dem „Wildwuchs“ von Windenergieanlagen Einhalt geboten werden. Zwar meinen viele, der Windplan würde die Zunahme an Windrädern zur Folge haben. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Nach § 35 des Baugesetzbuches sind Windenergieanlagen nämlich privilegierte Vorhaben, die auch im Außenbereich überall dort gebaut werden dürfen, wo es nicht durch Gesetze oder Verordnungen verboten ist. In unserer Planungsregion ist das auf 68 % der Fläche der Fall, also außerhalb von Siedlungen und Naturschutzgebieten fast überall. Mit der Festlegung von Eignungsgebieten für Windenergienutzung wird die Errichtung von Windrädern außerhalb dieser Gebiete faktisch ausgeschlossen. Jetzt ist es nur noch auf 1,6 % der Fläche unserer Planungsregion möglich, Windräder zu errichten.

Was war der Beschlussfassung am letzten Mai-Montag vorausgegangen?

Die Regionale Planungsgemeinschaft verfügt seit 2004 über einen gültigen Windplan. Planungen müssen aber immer wieder an sich verändernde Bedingungen angepasst werden. Und so fasste die Regionalversammlung im November 2008 in Umsetzung der von der Landes-

regierung beschlossenen „Energiestrategie 2020“ den Beschluss zur Fortschreibung.

Die Beschäftigten der Regionalen Planungsstelle leisteten eine enorme Arbeit. 2012 lag ein erster Entwurf vor, der im Herbst öffentlich ausgelegt wurde. Nach Auswertung der hierbei eingegangenen Anregungen und Bedenken entstand ein zweiter Entwurf, der Ende 2015 fertig war und Anfang 2016 in die öffentliche Auslegung ging. Im Ergebnis dieser Auslegung ergab sich wiederum die Notwendigkeit einer Überarbeitung. Der dritte Entwurf wurde dann im ersten Halbjahr 2017 öffentlich ausgelegt. Parallel dazu wurden die Träger öffentlicher Belange beteiligt, flankiert von einer Vielzahl öffentlicher Informationsveranstaltungen. Die Anzahl der zu berücksichtigenden Stellungnahmen wurden von Entwurfsfassung zu Entwurfsfassung mehr. Im Ergebnis der Auslegung des dritten Entwurfs trafen wiederum 2423 Stellungnahmen bei der Regionalen Planungsstelle ein, die vor der Beschlussfassung abzuwägen waren. Das Abwägungsprotokoll umfasst mehr als 6000 Seiten und wurde allen Regionalräten zur Verfügung gestellt. Bei der stichpunktartigen Prüfung dieser Unterlagen, die gerichtsfest sein müssen, konnte ich keine Abwägungsfehler erkennen.

Die Auswahl der Flächen für die Windeignungsgebiete erfolgte in drei Schritten. In einem ersten Planungsschritt wurden harte Tabuzonen berücksichtigt, in denen Windenergienutzung generell nicht in Frage kommt. Die übrige Fläche wurde in einem zweiten Planungsschritt mit den Restriktionskriterien abgeglichen, die die Regionalversammlung per Beschluss festgelegt hatte. Schließlich musste in einem dritten Planungsschritt überprüft werden, ob die verbleibenden Gebiete trotz flächenmäßiger Begrenzung der Windenergienutzung noch substanziellen Raum verschaffen. Der fertige Plan kann nun nach der Beschlussfassung auf der Internetseite der Regionalen Planungsregion Oderland Spree von jedem Menschen eingesehen werden. Die Annahme des neuen Windplanes kam rechtzeitig, um Wildwuchs zu verhindern. Kurz vor der Beschlussfassung erreichte uns die Nachricht, dass unser bisher



gültiger Plan vor Gericht wohl bald gekippt worden wäre. Er enthält dieselben Fehler, auf Grund derer ein Plan aus einer anderen Planungsregion von einem Verwaltungsgericht für ungültig erklärt wurde.

Der gesamte Planungsprozess wurde begleitet von einigen Bürgerinitiativen von Windkraftgegner*innen, für deren Argumente ich durchaus Verständnis habe. Sie gingen aber von der falschen Annahme aus, mit der Verhinderung des Windplanes den Bau weiterer Windräder aufhalten zu können. Wie oben dargelegt, ist das Gegenteil der Fall, es wird eine unkontrollierte Entwicklung verhindert. Die örtlichen Initiativen haben aber weitere Möglichkeiten, sich einzubringen. Mit der

Annahme des Teilregionalplanes ist noch kein einziger Bau einer Anlage beschlossen. Dieser bedarf nämlich einer Genehmigung der Immissionsschutzbehörde (Landesamt für Umwelt). Im Genehmigungsverfahren werden alle Umweltbelange sowie die Belange Betroffener nochmals explizit geprüft und bei der Festlegung von Auflagen berücksichtigt. Auch die begründete Versagung der Genehmigung ist möglich. Unabhängig davon können die Kommunen natürlich von ihrem Planungsrecht Gebrauch machen und für Wind-eignungsgebiete beispielsweise in einem Bebauungsplan konkrete Festlegungen treffen.

Klimainterventionen und Geopolitik – Die Gefahr der Militarisierung des Klimas.

Rezension von Götz Brandt



Der Autor dieser Studie Manuel Kreutle vom IMI (Informationsstelle Militarisierung) hat die Gefahren bei der technologischen Beeinflussung des Klimas aufgezeigt. Seit der „Weltklimarat“ (IPCC) in seiner 5. Studie vorgeschlagen hat, auch Climate Engineering

anzuwenden, um den Schadgasgehalt der Atmosphäre zu senken, wird über die Wege „Sonneneinstrahlung verringern“, „reflektierte Strahlung erhöhen“ und „Treibhausgase aus der Atmosphäre entnehmen“ verstärkt diskutiert. Großtechnische Lösungen sollen die Klimakatastrophe verhindern, weil Wirtschaft und Politik den Schadgasausstoß nicht stoppen wollen.

Langfristig wirkendes bewusstes Climate Engineering muss von kurzfristiger Wettermanipulation abgegrenzt werden. Ein 1978 abgeschlossenes Umweltkriegsübereinkommen (ENMOD) verbietet eine militärische oder feindselige Manipulation des Wetters durch Technologien.

Stand der Forschung zum Climate Engineering:

1. Aufforstung zur Bindung von Treibhausgasen wird bereits praktisch umgesetzt.

2. CCS (Carbon Capture and Storage) Gase aus Kraftwerken werden abgeschieden und unterirdisch gelagert, was energieaufwendig, ineffizient und mit unerwünschten Nebenwirkungen verbunden ist.
3. Ozeandüngung mit Eisen, um das Planktonwachstum zu beschleunigen.
4. Aerosol-Injektion mit Schwefeldioxid (SAI) in die Stratosphäre, um die Reflexion des Sonnenlichts zu erhöhen. Örtliche Änderungen beim Wetter bei Anwendung dieser Methoden sind unerforscht.

Die Climate Engineering-Methoden sind allesamt in einem frühen Entwicklungsstand. Auch in Deutschland wird daran geforscht.

Das Konfliktpotential bei Anwendung von Climate Engineering ist erheblich. Ein international koordinierter Einsatz von Maßnahmen zur Beeinflussung des Klimas wird immer „Gewinnerstaaten“ und „Verliererstaaten“ haben. Es müsste abgesichert werden, dass unerwünschte Nebeneffekte finanziell ausgeglichen werden. Ein internationaler Konsens ist schwierig, wie bisherige Beispiele zeigen. Ein einzelner Staat könnte auch ohne Abstimmung das Klima für sein Territorium günstiger gestalten ohne Rücksicht auf andere Staaten. Das könnte als feindselige Aggression ausgelegt werden. Es besteht die Gefahr der Militarisierung des Klimas. Ein Zielklima für die Industriestaaten könnte durch das Militär geschaffen und verteidigt werden. Die Auswirkungen des Kapitals sollen durch kapitalistische Methoden behandelt werden:

Business as usual.

Manuel Kreutle: Klimainterventionen und Geopolitik. Die Gefahr der Militarisierung des Klimas. IMI-Studie 7/2018-10.10.2018. ISSN 1611-213X

Kapitalismus aufheben

Simon Sutterlütti und Stefan Meretz formulierten „Eine Einladung, über Utopie und Transformation neu nachzudenken“ im Buch „Kapitalismus aufheben“. Mithilfe zweier neuer Theorieansätze möchten die Autoren – beide Mitglied im Commons-Institut – einen neuen Denkraum öffnen: Während die kategoriale Utopietheorie versucht, Utopie als Raum menschlich-gesellschaftlicher Möglichkeiten zu begreifen, rückt die Aufhebungstheorie den Aufbau neuer gesellschaftlicher Formen in das Zentrum der Transformation. Die kategoriale Utopietheorie entwirft kein ausgepinseltes Bild einer Utopie, sondern untersucht die grundsätzlichen Möglichkeiten gesellschaftlicher Entwicklung. Sind wir Menschen zu einer freien Gesellschaft fähig?



Wie könnte diese grundlegend organisiert sein? Bei der Aufhebungstheorie wiederum geht es weniger um die Frage, wie politisch-staatliche Macht gewonnen werden kann, sondern darum, wie sich überhaupt freie Formen der Vergesellschaftung herausbilden können. Denn eine freie Gesellschaft entsteht weder spontan, noch ist sie Ergebnis eines Entwurfs am Reißbrett. Sie kann nur von sich befreienden Menschen selbst geschaffen werden. Das Buch ist im VSA-Verlag erschienen, kostet 16,80 Euro, kann aber auch als PDF frei von der Website commonism.us heruntergeladen werden.

Aufstehen und wohin gehts

Rezension von Götz Brandt

Der Autor Rainer Balcerowiak ist seit seinem Bruch mit der „Jungen Welt“ 2012 freier Journalist. Er veröffentlichte unter anderem die Bücher „Faktenchek Flüchtlingskrise“ und „Die Heuchelei von der Reform“. Im Buch „Aufstehen und wohin gehts“ widmet er sich den Problemen der neuen Bewegung #aufstehen. Da die traditionellen sozialdemokratischen Parteien ihre früheren programmatischen Grundsätze verraten und sich dem Neoliberalismus zugewandt hätten, die allgemeine Unzufriedenheit zugenommen hat, rechte Populisten an Boden gewinnen, CDU, CSU, SPD, FDP und Grüne sich zu einer großen Blockpartei zusammengeschlossen haben, ist eine Kampfansage an die herrschende „Politik der Mitte“ durch eine linke Sammlungsbewegung eine historische Notwendigkeit. Die LINKE allein ist nicht stark genug, die SPD nach links zu rücken.

Im Gründungs-Aufruf sind neben einer sozialdemokratischen Zielstellung als kleinster gemeinsamer Nenner auch ökologische Ziele enthalten: „Naturverträglich wirtschaften, Ressourcen schonen und Tier- und Pflanzenwelt schützen: damit wir unseren Kindern eine intakte Natur und ein lebensfreundliches Klima hinterlassen. Saubere Luft und sauberes Wasser, Artenvielfalt und gesunde Böden sind die Basis unserer Lebensqualität“. Das kann jedes Mitglied der Ökologischen Plattform unterschreiben. Oberstes Ziel ist, bei der nächsten Bundestagswahl im Herbst 2021 durch die Bewegung #aufstehen für eine linke Machtoption zu sorgen, denn trotz rechnerischer Mehrheit für Rot-Rot-Grün im Bundestag in der Zeit von 2013 bis 2017 kam es zu keiner Annäherung dieser Parteien.

Der Autor untersucht die Stellung der Bewegung #aufstehen zu den Problemen Migration und Integration, offenen Grenzen und Wohlfahrtsstaat, Heimat und Nationalstaat, Hartz IV-Transferleistungen und sozialer Kahlschlag, Wohnraumprobleme und Mieten und viele andere Probleme, wobei eine Abgrenzung zur AfD deutlich gemacht wird. Populismus wird bisher von den etablierten



Parteien abgelehnt und abgewertet. Das wären einfache, unrealistische Lösungen für komplexe Zusammenhänge. Das herrschende System muss aber mit einfachen Losungen in Frage gestellt werden. Es muss klar werden, dass nicht Liberalismus und individuelle Freiheit das Ziel sind, sondern Demokratie und Gleichheit der politischen Rechte und politischen Einflussmöglichkeiten. Bei dieser Auseinandersetzung ist auch Linkspopulismus erlaubt.

Bei der politischen Herkunft der inzwischen mehr als 100.000 Mitglieder der Bewegung #aufstehen ist erfreulich, dass 75 % der Unterstützer parteilos sind. 15 % gehören der LINKEN an, 5 % kommen aus der SPD, 1 % von den Grünen und 0,1 % von der AfD. Es wurden also vor allem Parteilose gewonnen und das ist Anlass zu glauben, dass die neue Bewegung auch Wirkung zeigen wird.

Balcerowiak, R.: Aufstehen und wohin gehts. ISBN 978-3-360-01342-2, 2018. Verlag Das neue Berlin, 10 €

Lust auf Zukunft

Rezension von Götz Brandt

Der Autor Franz Alt ist ein weltbekannter und weitgereister Journalist, der 50 Bücher und 200 Fernsehfilme geschaffen hat. Selbst bezeichnet er sich als einen fortschrittsorientierten religiösen Konservativen, der als überzeugter Marktwirtschaftler Macht, Kapital und Geldgier zähmen will.

Das Buch ist eine Zusammenstellung der Überzeugungen, die Franz Alt im Laufe seines Lebens gewonnen hat. Er äußert sich zu allen wichtigen Weltproblemen, stellt Ziele auf und gibt dazu Ratschläge: Frieden, Abrüstung, Solarwende, Verkehrswende, Agrarwende, Wasserwende, Waldwende und Arbeitswende. Dabei vermisst man eine tiefgreifende gesellschaftliche Ursachenforschung, obwohl erkannt wird, dass „die Politik die Zukunft geringschätzt“, wir alle „heute in einer verbrecherischen Verantwortungslosigkeit auf Kosten künftiger Generationen leben“, die „Zügellosigkeit der Energiekonzerne brutal und radikal ist“, „der Markt brutal, gesetzlos und zerstörerisch ist“, die „heutige Ökonomie zukunftsblind ist“ und in der Landwirtschaft „ein Raubtierkapitalismus in Reinkultur herrscht“. Alle diese Erkenntnisse hindern ihn nicht, von einer Zählung des Kapitalismus zu träumen. Bis zu Marx ist er nicht vorgedrungen, obwohl „keine andere Berufspartei so gefährlich konservativ ist, wie die klassische Ökonomie“.

Die Zukunftsziele, die Franz Alt vorträgt, stimmen weitgehend mit denen der GRÜNEN überein und gehen teilweise über die der LINKEN hinaus. Er fordert eine 100 %ige Versorgung aus erneuerbarer Energie. Der Weg ist die Energiewende von unten und regional erzeugte Solarenergie. Es sollen Energie-Genossenschaften gegründet werden. Als elftes Gebot will er einführen. „Du sollst den Kern nicht spalten“. Er erkennt, dass Klimawandel zugleich Massenmord bedeutet und kommt zu der Erkenntnis, dass die Zügellosigkeit der Energiekonzerne und Autobauer brutal und radikal ist, aber ebenso der Konsumrausch von uns Normalbürgern. Die Hälfte seines Buches widmet er der Energiewende mit all ihren Facetten. In konkreten Zielstellungen zeigt er, dass eine nachhaltige Politik möglich ist. Er kommt zum fragwürdigen Schluss: „Nicht die Mächtigen, die Bewussten gestalten die Zukunft“. Die Gegenwart sieht anders aus.

Auch im Abschnitt Verkehrswende folgt er grünen Zielstellungen. Gleiches trifft auf die Agrarwende zu, die zur Biolandwirtschaft führen muss. Er stellt zehn Gebote des Ökolandbaus auf. Im Abschnitt Wasserwende folgt er Papst Franziskus, der eine Wasserethik einfor-

dert. Die globale Wasserkrise wird im Detail thematisiert. Der Abschnitt Waldwende folgt ebenfalls grünen Vorstellungen. Im Abschnitt Arbeitswende fordert er höhere Löhne.

Zum Schluss plädiert er für eine Wir-Gesellschaft, in der Gemeineigentum ist: Erde, Luft, Wasser, Atmosphäre, Klima und gleichberechtigter Zugang zu den Ressourcen. Also im Grunde genommen eine sozialistische Gesellschaft. Dennoch glaubt er, dass „wichtiger als alle Kritik am Kapitalismus eine Aufwertung des Sozialkapitals ist“. Er definiert nicht, was er unter „Sozialkapital“ versteht. Dabei sollen Werte wie Vertrauen, Hilfsbereitschaft und Gastfreundschaft entstehen. Doch die Volksparteien verschlafen die von Franz Alt aufgezeigten Zukunftsthemen.

Das Buch gipfelt in einem neuen „Generationenmanifest“, das davon ausgeht, dass „unsere Leistungsgesellschaft in ihrem Produktions- und Wachstumswahn dabei ist, die Erde für unsere Nachkommen unwirtlich und unbewohnbar zu machen“. Die Bundesregierung fordert er auf, die aufgestellten 10 Forderungen in der kommenden Legislaturperiode in den Koalitionsvertrag aufzunehmen. Ein frommer Wunsch! Die Generationengerechtigkeit soll in das Grundgesetz aufgenommen werden. Wachstumswahn oder Ressourcenverschwendung werden aber nicht thematisiert.

Dieses Buch ist ein interessanter Überblick für Neueinsteiger, die einen Überblick zu allen relevanten Zukunftsproblemen finden. Wer die vergangenen Jahrzehnte als ökologisch interessierter Mensch durchlebt hat, findet kaum Neues. Es ist das Testament eines Warners und Gläubigen.

Franz Alt: Lust auf Zukunft. 2018. ISBN 978-3-579-08707-8, 22 €



Impressum

Herausgeber: Sprecher*innenrat der Ökologischen Plattform; ISSN 2195-027X

Redaktion: tarantel@oekologische-plattform.de (ausschließlich für Belange der Tarantel)

Kontakt: Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE; Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

E-Mail: oekoplattform@die-linke.de, Internet: www.oekologische-plattform.de

Die ÖPF ist ein anerkannter Zusammenschluss DER LINKEN und bundesweit aktiv.

Redaktionsschluss: 15.11.2018

Beiträge, Leserbriefe, Buchempfehlungen bitte möglichst in maschinenlesbarer Form per E-Mail einsenden oder das Formular auf <https://www.oekologische-plattform.de/publikationen/tarantel/> benutzen.

Ein Anspruch auf Rückgabe unverlangt eingesandter Beiträge in Papierform wird ausgeschlossen.

Über eine Veröffentlichung entscheidet der Sprecher*innenrat.

Veröffentlichte Beiträge, auch einzelner Autoren der Ökologischen Plattform, spiegeln nicht in jedem Fall die Auffassung der Ökologischen Plattform als Ganzes wider. Beiträge ohne weitere Quellenangabe stammen von den Autoren, Beiträge ohne Autorenangaben in der Rubrik IN EIGENER SACHE von der Redaktion.

Geplanter Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 15.2.2018

Elektronische Fassungen dieser und älterer Ausgaben sind unter www.oekologische-plattform.de/publikationen/tarantel verfügbar.

Bestellung/Adressänderung: kontakt@oekologische-plattform.de oder <https://www.oekologische-plattform.de/mitgliedschaft/>

Spenden für die „Tarantel“ und ÖPF: Partei DIE LINKE; IBAN: DE38 1009 0000 5000 6000 00;

BIC: BEVODEBB; Verwendungszweck: Ökologische Plattform – Spende

Autoren

- ▶ Ralf Henrichs, H. Schulze, Peter Engert und Prof. Götz Brandt sind Mitglieder des Koordinierungsrates der Ökologischen Plattform.
- ▶ Dr. Joachim H. Spangenberg, Biologe, Ökologe und Ökonom, ist Sprecher des BUND-Arbeitskreises Wirtschaft und Finanzen, u.a. Herausgeber des Buches "Vision 2020. Arbeit, Umwelt, Gerechtigkeit - Strategien für ein zukunftsfähiges Deutschland" und Mitglied der AG Wirtschaftspolitik der Ökologischen Plattform.
- ▶ Professor Dr. Peter Herrmann arbeitet für das Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik. Er ist außerdem außerordentlicher Professor an der University of Eastern Finland (UEF), Department of Social Sciences (Kuopio, Finnland), Honorarprofessor an der Corvinus University in Budapest, Faculty of Economics, Department of World Economy. Seine Lehrgebiete umfassen Wirtschaft, Politikwissenschaft, Soziologie und Recht im Zusammenhang mit der Globalisierung.
- ▶ Prof. Klaus Steinitz ist Wirtschaftswissenschaftler, Mitglied der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin und Mitbegründer und Mitglied der AG Wirtschaftspolitik der Ökologischen Plattform.
- ▶ Friedhelm Knipping-Petri ist Mitglied der Ökologischen Plattform.
- ▶ Dr. Götz Eisenberg ist Sozialwissenschaftler und Publizist. Er arbeitet an einer „Sozialpsychologie des entfesselten Kapitalismus“, deren dritter Band unter dem Titel „Zwischen Anarchismus und Populismus“ soeben im Verlag Wolfgang Polkowski in Gießen erschienen ist.

Bildnachweis

- ▶ Titelbild: Schaufelrad, Bagger, pxhere.com, CC0 Öffentliche Domäne
- ▶ S. 5: Mutter und Kind, pxhere.com, CC0 Öffentliche Domäne
- ▶ S. 6: Unternehmen Zukunft; Foto Peter Engert
- ▶ S. 11: Industrieanlage, Chris LeBoutillier, pexels.com
- ▶ S. 16: Containerfrachter, pxhere.com, CC0 Öffentliche Domäne
- ▶ S. 22: Tagebau; Foto: Dorothe, pxhere.com, CC0 Öffentliche Domäne
- ▶ S. 29: Braunkohlefoerderung bis zum Weltuntergang; ©: sfv / mester
- ▶ S. 30: Windpark, pxhere.com, CC0 Öffentliche Domäne

Neuaufnahmen, Veränderungen, Ergänzungen bei Adressen/Abonnement der Tarantel bitte über kontakt@oekologische-plattform.de oder <http://www.oekologische-plattform.de>

Bundesebene

Ökologische Plattform

Sprecher*innenrat

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, <https://www.oekologische-plattform.de> oder info@oekologische-plattform.de

Petra Beck, pcbe@gmx.net

Götz Brandt, Prof.Goetz.Brandt@t-online.de

Mitgliedschaft erklären: <https://www.oekologische-plattform.de/mitgliedschaft/>

Mailverteiler (Newsletter):

Anmeldung unter <https://www.oekologische-plattform.de/> (auf jeder Seite links unten)

BAG Umwelt-Energie-Verkehr

Thomas Scherzberg, Walter-Oertel-Str. 32, 09112 Chemnitz, ts_09112@web.de

Bundestag

Ralph Lenkert, umweltpolitischer Sprecher und Sprecher für Forschungs- und Technologiepolitik, Tel. 030 227-72636, Fax 030 227-76638, ralph.lenkert@bundestag.de

Lorenz Gösta Beutin, Ausschuss für Wirtschaft und Energie, Tel. 030 227-77447, Fax 030 227-70448, lorenz.beutin@bundestag.de

Landesebene

Baden-Württemberg

Wolfgang Kämmerer, Stroberg 36, 70180 Stuttgart, mail@wolfgangkaemmerer.de

Bayern

LAG Umwelt, Röntgenstr. 41a, 85055 Ingolstadt, eva@bulling-schroeter.de

Marianne Selke, marianne-selke@t-online.de

Berlin

Marion Platta (MdA, Umwelt), Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin, Tel. 030 23252550, platta@linksfraktion-berlin.de

Brandenburg

DIE LINKE Brandenburg, LAG Umwelt, % Peter Engert, K.-E.-Ziolkowski-Ring 1, 15517 Fürstenwalde, peterengert@t-online.de

Bremen

Helmut Kersting, helmutkersting@die-linke-bremen.de

Hamburg

Gilbert Siegler, Braamwisch 41, 22175 Hamburg, g.siegler@web.de

Hessen

Hans-Joachim Zeller, Cappeler Straße 128 B, 35039 Marburg, info@widerborstig.de, Tel. 06421-6977082

Marjana Schott (MdL, Umwelt- und Landwirtschaftspolitik), Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden, m.schott@ltg.hessen.de

Mecklenburg-Vorpommern

LAG ÖPF Schwerin, Madeline Cords, madeline_cords@posteo.de

Carmen Ziegler, carmen_ziegler@gmx.net

Niedersachsen

Karsten Färber (LAG ÖPF), Karsten.farber@kabelmail.de

Heinz Preuß (Koordinierungsrat ÖPF), Sedanstr. 6, 31787 Hameln, hpborusso@posteo.de

Nordrhein-Westfalen

Ralf Henrichs, Hohenzollernring 99, 48145 Münster,

Tel. 0151 18479447, ralfhenrichs@gmx.de

Hans-Werner Elbracht, oekologische-plattform@dielinke-nrw.de

Rheinland-Pfalz

Marion Morassi, Walporzheimer Str. 5, 53474 Ahrweiler, marion-morassi@t-online.de

Wolfgang Huste, whuste@aol.com (LAG ÖPF RP)

Saarland

Dagmar Ensch-Engel (MdL, umwelt-, energie-, sport-, verkehrs- und wohnungsbaupolitische Sprecherin) Franz-Josef-Röder-Straße 7, 66119 Saarbrücken, dagmar.ensch-engel@dielinke-saar.de

Sachsen

Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel. 035891 35290, an-sa-kunze@t-online.de

Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig, Tel. 0341 9424882, micha.lauter@web.de; (ADELE – ÖPF SA)

Marco Böhme, MdL, marco.boehme@linksjugend-sachsen.de

Dr. Jana Pinka (MdL, Umwelt- und Technologiepolitik), Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden, jana.pinka@slt.sachsen.de

Sachsen-Anhalt

Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Halle, Tel. 0345 29418-63, (AG Umwelt)

Frank Roßband, frank.rossband@web.de

Schleswig-Holstein

Bernd Friedrich, friedrich_bernd@t-online.de, Augrund 7, 24321 Lütjenburg

Hans-Jürgen Schulze, hajueschulze43@gmail.com, Öhlmüllentallee 1, 24306 Plön

Thüringen

Dr. Johanna Scheringer-Wright (Sprecherin ÖPF Thüringen, MdL, Agrar- und Regionalpolitik), johanna@scheringer.de, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt, Tel. 0151 1172 3000

Tilo Kummer (MdL, umweltpolitischer Sprecher), Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt, Tel. 0361 3772317, kummer@die-linke-thl.de

linke und ökologische Medien

Neues Deutschland: Uwe Kalbe, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, politik@nd-online.de

Der Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel. 030 44339147, www.grueneliga-berlin.de/raberalf



Tarantel

Nr. 83

Dezember
IV/2018

Zeitschrift der Ökologischen Plattform
bei der Partei

DIE LINKE.

Inhaltsverzeichnis

Editorial	2
In eigener Sache	3
Ökologische Plattform – Strömung oder Bundesarbeitsgemeinschaft?	3
Ökologie und LINKE	4
Vielen Dank für Tarantel Nr. 82	4
Solidarisch leben und wirtschaften – sozial-ökologischen Umbau vorantreiben!	6
Aktiv für ein lebenswertes Hamburg Unsere Petition:	
Nutzung des ÖPNV in Hamburg für jedermann zum Null-Tarif!	6
Petition	7
Schwerpunkt: Wirtschaft und Gesellschaft	7
Linke bzw. sozialistische Wirtschaftspolitik	
ist Wirtschaftspolitik für sozialökologische Transformation	7
Die LINKE und die sozialökologische Transformation – Zeit zum neu denken	10
About You – Nur frage nicht, ob Du überhaupt bist	13
Eine veränderte Regulierungsweise –	
untrennbarer Bestandteil einer sozial-ökologischen Transformation	21
Öko-Bibliothek zu verschenken!	24
Verkehr	25
Zeit zum Handeln: Der Fußverkehr benötigt eine strategische Förderung	25
Positionen	26
Das Sein bestimmt das Bewusstsein	26
Hype oder Kairos? – Thesen zum Höhenflug der Grünen	27
Energie	30
Kommen jetzt Windräder wohin man schaut?	30
Bücherecke	31
Klimainterventionen und Geopolitik – Die Gefahr der Militarisierung des Klimas.	31
Kapitalismus aufheben	32
Aufstehen und wohin gehts	32
Lust auf Zukunft	33
Impressum	34
Kontaktadressen	35

